



# RECHENSCHAFTSBERICHT des Vorstands 2008 – 2009

Bericht für die Zeit  
von der Mitgliederversammlung am 27. September 2008  
bis zum September 2009

Vorschau auf 2010

Finanzbericht 1.1. – 31.12.2008

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Voßstr. 1, D-10117 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

# Inhalt

<b>A</b>	<b>Politische Rahmenbedingungen .....</b>	<b>3</b>
<b>B</b>	<b>Die Basis unserer Arbeit .....</b>	<b>5</b>
<b>C</b>	<b>Unsere Arbeit .....</b>	<b>8</b>
	Klima- und Energiesicherheit .....	8
	Auf dem Weg zur notwendigen Energie- und Verkehrspolitik .....	12
	Klimapolitische Bildung.....	16
	Weltmarktpreise, Welthandel, Agrarpolitik und Ernährungskrise .....	17
	Unternehmens- und Verbraucherverantwortung .....	19
	Entwicklungsfinanzierung.....	22
<b>D</b>	<b>Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....</b>	<b>23</b>
<b>E</b>	<b>Finanzbericht für das Kalenderjahr 2008.....</b>	<b>24</b>
<b>F</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>30</b>
<b>G</b>	<b>Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen.....</b>	<b>31</b>

## A Politische Rahmenbedingungen

Als der letzte Rechenschaftsbericht geschrieben wurde, war die Banken- und Finanzkrise in ihrer heute sichtbaren Dimension noch gar nicht absehbar. Der Zusammenbruch von Lehman-Brothers am 15. September 2008 führte in der Folge weltweit zu einer hektischen und in den Beträgen unvorstellbaren Rettungsaktion von Banken durch die Politik. Das Jahr 2008 war mit der stärksten Finanzkrise seit 1929 sicherlich ein besonderer historischer Markierungspunkt. Und er hat den letzten Winkel auf dem Globus mit erfasst.

Das immer stärker deregulierte Wirtschafts- und Finanzsystem war an seine Grenzen gestoßen, ja es schien so, als wenn die alte Erkenntnis (auch von Germanwatch bereits in den Gründungspapieren so geäußert) „das Primat hat die Politik“ kraftvolle Auferstehung feiern würde. Manche hofften, dass als Konsequenz sehr viel grundsätzlichere Rahmensetzungen als bisher für das Wirtschaftssystem insgesamt vorgenommen würden.

Es ist ja wirklich bemerkenswert: Nach einer langen Phase der Privatisierung der Gewinne wurden nun plötzlich in großem Ausmaß die Verluste der Banken und als systemrelevant eingestuftes Unternehmen der Gesellschaft aufgebürdet. „Wäre die Welt eine Bank, wäre sie längst gerettet!“- titelte Greenpeace in jenen Tagen. Doch nicht die Rettung der Banken war der Fehler, diese war dringend notwendig, um Kettenreaktionen von viel größerer Dimension zu vermeiden. Der Zusammenbruch war vielmehr Konsequenz des utopischen Glaubens an einen unregulierten Markt.

Tragischerweise hat die Bankenrettung zur Folge, und darauf weist der Greenpeace-Slogan zu recht hin, dass nun das Geld für den notwendigen ökologischen und sozialen Umbau knapp wird. Es reicht ein Blick auf die davon galoppierende öffentliche Verschuldung in vielen Regionen der Welt um zu sehen: Noch in ihrem Niedergang hat die Ideologie eines ungezügeltten Marktes erhebliche Sachzwänge geschaffen, die das dringend notwendige Primat der Politik zu untergraben drohen. So schützt die angesichts der Haushaltskrise beschlossene Schuldenbremse zwar die kommende Generation, aber sie begrenzt zugleich enorm den politischen Spielraum – auch auf die öffentlichen Zuschüsse für Organisationen wie Germanwatch wird dies Auswirkungen haben.

Zwar ist festzustellen, dass Themen wie „Greening the Economy“ und „Grüne Konjunkturprogramme“ immer stärker in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung geraten. Der neu gewählte Hoffnungsträger Barack Obama versucht in den USA eine Wende geleitet von wissenschaftlichen Notwendigkeiten und politischem Pragmatismus in der Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik durchzusetzen. Für ihn und sein Team sind jedoch die innenpolitischen Widerstände immens – und sie werden größer. Und es ist eine wichtige Frage, die über den Ausgang von Kopenhagen mitentscheidet, ob auch die neue US-Regierung unrealistische und ungerechtfertigte Klimaschutzanforderungen an China und Indien stellen wird, ohne selber wirklich entschieden voranzugehen.

Viele Menschen im Süden sind aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen. Vom Ziel, die Zahl der Ärmsten bis 2015 zu halbieren, sind wir weiter entfernt als je zuvor. Aufgrund der hohen Energiepreise und fehlender Einnahmen durch die Wirtschaftskrise ist weltweit die Zahl der Hungernden wohl auf mehr als eine Milliarde Menschen angestiegen. Klar ist auch, dass es durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch schwieriger geworden ist, ein ambitioniertes und gerechtes globales Klima-Abkommen in Kopenhagen rechtlich verbindlich zu verabreden. Akteure wie der italienische Präsident Berlusconi reden davon, wer eine Lungenentzündung habe, solle sich nicht um seine Dauerwelle kümmern, wobei er mit letzterer den Klimaschutz meinte. Dabei wäre ein Kopenhagen-Abkommen, das massive Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien auslösen würde, genau die richtige Antwort auf Wirtschafts- und Klimakrise – und nebenbei auch noch auf die absehbar weiter steigenden Energiepreise.

Und wo stehen wir heute? Einerseits zeigen in verschiedenen Regionen der Welt Konjunkturprogramme Wirkung. Auch in Deutschland mehren sich die Anzeichen, dass der Boden des Absturzes – des stärksten Wirtschaftseinbruchs seit dem Ende des zweiten Weltkriegs, erreicht sein könnte. Andererseits droht die Zahl der Arbeitslosen nach der Bundestagswahl stark zu steigen, wenn die verlängerten Kurzarbeitsregeln auslaufen. Viele Forscher befürchten, dass die Krise einen W-Verlauf haben könnte, dass also nach einer Phase der Erholung ein zweiter Einbruch kommen könnte. Es zeichnet

sich ab, dass viele Unternehmen ihre Kredite, die sie in Erwartung von Wirtschaftswachstum aufgenommen hatten, nicht zurückzahlen können. Weitere Abschreibungen der Banken werden damit notwendig.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise macht bewusst, wo man landet, wenn man Deregulierung predigt, praktiziert und vorrangig auf die Kräfte des Marktes vertraut. Der internationale Klimaschutz sollte daraus lernen – er schafft keine zusätzlichen Probleme, sondern Lösungen auch für die bestehenden wirtschaftlichen Probleme.

Unsere politische Arbeit der letzten Monate haben wir – soweit es uns zielführend erschien – stets in den Kontext dieser Rahmenbedingungen gesetzt.

Dabei haben wir in unserer Lobby-, Informations- und Bildungsarbeit, wie sie in Kapitel C beschrieben wird, vorrangig folgende strategische Ziele verfolgt:

- Schritte hin zu Klima- und Energiesicherheit
- Eine nachhaltigere Gestaltung des Agrarhandels, Sicherung der Ernährung für besonders Benachteiligte und Anpassung für die besonders Betroffenen an den Klimawandel sowie Finanzierung für Entwicklung und Klimaschutz
- Verantwortungsübernahme von Unternehmen gegenüber Menschenrechten und Klimaschutz – Wie können die Einzelnen und der Staat als Verbraucher darauf reagieren?

## B Die Basis unserer Arbeit

Dank einer zunehmenden Unterstützung unserer Aktivitäten durch Mitglieder und Förderer sowie der Anstrengungen eines großen Teams aus haupt- und ehrenamtlichen Kräften konnte Germanwatch auch in den vergangenen zwölf Monaten vieles bewegen. Diese Basis unserer Arbeit und ihre Entwicklung möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse werden dagegen in einem eigenen Kapitel (Finanzbericht, Kap. E) hervorgehoben.

### Mitglieder

Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt derzeit 494, darunter 322 stimmberechtigte Mitglieder, 168 Fördermitglieder und 4 Ehrenmitglieder. Darüber hinaus unterstützen zahlreiche Menschen Germanwatch durch Spenden, Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit und durch aktive Mitarbeit, u.a. in unserem UN-Klimaverhandlungs-Team und in der Hamburger Regionalgruppe.

Die Anzahl der Mitglieder ist im langjährigen Trend leicht steigend, wenn man die Jahre 2007/2008 ausklammert: In diesen Jahren hatten wir aktiv für den Wechsel zu Ökostrom-Anbietern geworben und allen Wechslern eine kostenfreie einjährige Fördermitgliedschaft angeboten. Knapp 50 Personen beteiligten sich, und es war abzusehen, dass sich anschließend nur ein Teil von ihnen dafür entscheiden würde, die Mitgliedschaft kostenpflichtig weiterzuführen, so dass die Mitgliederzahlen 2009 gegenüber 2008 einen Rückgang zu verzeichnen haben. Grundsätzlich läuft die Ökostrom-Aktion weiter (siehe [www.germanwatch.org/strom](http://www.germanwatch.org/strom)), zuletzt fehlten uns jedoch die zeitlichen Kapazitäten, diese über neue Kanäle zu bewerben.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
440	447	457	478	526*	542*	494

\*einschließlich befristeter Mitgliedschaften (Ökostrom-Aktion)

### MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der achtköpfige, ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin.

Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Zum Germanwatch-Team zählen neben hauptamtlichen und Honorarkräften auch viele PraktikantInnen und weitere ehrenamtliche Kräfte.

In gemeinsamen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden (so zuletzt im September 2008 und im Februar 2009) fanden und finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

<b>Germanwatch-Vorstand</b>	<i>Weitere Mitglieder des Vorstands:</i>
Durch die Mitgliederversammlung am 22.9.07 auf die Dauer von zwei Jahren gewählt	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dörte Bernhardt</li><li>• Tilman Santarius</li><li>• Nicole Sasse</li><li>• Dr. Hendrik Vygen</li><li>• Michael Windfuhr</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>• Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender</li><li>• Kristina Steenbock, Stellvertretende Vorsitzende</li><li>• Denis Montuelle, Schatzmeister</li></ul>	

## MitarbeiterInnen der Germanwatch-Büros

### **Büro Bonn**

Tel. : +49 (0)228 / 60 492-0

#### **Christoph Bals**

Politischer Geschäftsführer  
Tel. -17 / bals@germanwatch.org

#### **Gisela Bhatti**

Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- und Spenderservice  
Tel.: -23/ bhatti@germanwatch.org

#### **Miriam Brenck** (bis 11/08)

Administrative Projektkoordination, Mainstreaming  
von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor  
Tel. -11 / brenck@germanwatch.org

#### **Jan Burck**

Referent Klimaschutz-Index, Szenarien und Emissionshandel  
Tel. -21 / burck@germanwatch.org

#### **Anika Busch**

Redakteurin  
Tel. -23 / busch@germanwatch.org

#### **Qian Cheng**

Klima und China  
Tel. -31 / cheng@germanwatch.org

#### **Katrin Enting** (ab 5/09)

Administrative Projektkoordination  
Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im  
Finanzsektor  
Tel. -32 / enting@germanwatch.org

#### **Kristin Gerber**

Projektleiterin, Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen  
im Finanzsektor  
Tel. -11 / gerber@germanwatch.org

#### **Sven Harmeling**

Referent für Klima und Entwicklung  
NRW-Koordinator für Klima & Entwicklung  
Tel. -22 / harmeling@germanwatch.org

#### **Alpha Kaloga** (ab 8/09)

Anpassung an den Klimawandel  
Tel. -22 / kaloga@germanwatch.org

#### **Dr. Gerold Kier**

Administrativer Geschäftsführer  
Tel. -12 / kier@germanwatch.org

#### **Anne Koch** (ab 4/09)

Referentin der Geschäftsführung  
Tel. -34 / koch@germanwatch.org

#### **Sönke Kreft** (ab 9/09)

Klima und Versicherung  
Tel. -29 / kreft@germanwatch.org

#### **Larissa Neubauer** (ab 11/08)

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel. -23 / neubauer@germanwatch.org

#### **Kerstin Lanje**

Referentin für Welthandel und Ernährung  
Tel. -15 / lanje@germanwatch.org

#### **Dr. Ludger Reuke**

Referent für Entwicklungspolitik  
Tel. -13 / reuke@germanwatch.org

#### **Stefan Rostock**

Referent Informations- und Bildungsarbeit für Klima und  
Entwicklung  
Tel. -26 / rostock@germanwatch.org

#### **Boris Schinke**

Kipp-Punkte des Klimasystems  
Tel. -25 / schinke@germanwatch.org

#### **Rixa Schwarz**

Referentin für Klima und Sicherheit  
Tel. -25 / schwarz@germanwatch.org

#### **Thomas Spencer** (ab 3/09)

REDD; Klima + Russland  
Tel. -28 / spencer@germanwatch.org

#### **Andrea Taubert**

Sekretariat  
Tel. -16 / taubert@germanwatch.org

#### **Dr. Manfred Treber**

Klima- und Verkehrsreferent  
Tel. -14 / treber@germanwatch.org

#### **Inka van Bergen**

Finanzreferentin  
Tel. -18 / vanbergen@germanwatch.org

### **Büro Berlin**

Tel.: +49 (0)30 / 28 88 356 -0

#### **Katrin Ansel** (ab 8/09)

Referentin für klimafreundliche Beschaffung  
Tel. -6 / ansel@germanwatch.org

#### **Oldag Caspar** (ab 7/09)

Koordinator Kampagne KlimakanzlerIn gesucht  
(Träger: Die Klima-Allianz, Avaaz und E3G)  
Referent Klima & Russland, E3G & Germanwatch  
Tel. -85 / caspar@germanwatch.org

#### **Ljiljana Djuric**

Sekretariat  
Tel. -0 / djuric@germanwatch.org

#### **Cornelia Heydenreich**

Referentin für Unternehmensverantwortung  
Tel.: -4 / heydenreich@germanwatch.org

#### **Johanna Kusch** (ab 3/09)

Referentin für Unternehmensverantwortung  
Tel.: -5 / kusch@germanwatch.org

#### **Tobias Reichert**

Referent Welthandel und Ernährung  
Tel.: -3 / reichert@germanwatch.org

## PraktikantInnen, weitere ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Simone Ackermann, Andreas Bernetzeder, Serge Birtel, Elena Brandes, Claus Breuer, Ina Marie Breuer, Sebastian Dürselen, Luise Görges, Linde Grießhaber, Emma Grylls, Miriam Holländer, Kristina Korte, Monika Kosinska, Daniel Kühnhenrich, Johanna Meadows, Carolin Mengel, Andrea Müller-Frank, Christian Pape, Lena Reuter, Kathrin Schwingel, Marcel Siebertz, Tim Stoffel, Lukas Hermwille (geb. van der Straeten), Hannah Vermaßen, Julia Wagner, Felix Weber, Tina Welz, Julia Zoepfel.

Als ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte wirkten u.a. mit: Marisa Beck, Dr. Wilhelm Frank, Sean Heron, Christian Holz, Alex Liedke, Lutz Morgenstern, Heidrun Müller, Dr. Klemens van de Sand, Hans Verolme. Wir danken auch allen Aktiven unserer Regionalgruppen in Hamburg und München für ihr Engagement.

Die Arbeit in den beiden Büros in Bonn und Berlin steht weiterhin unter der bewährten Leitung des Administrativen Geschäftsführers Gerold Kier und des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals – im Finanzmanagement unterstützt von Inka van Bergen sowie in Projektassistenz und Sekretariat von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert. Die Arbeit der Fachreferent(inn)en und weiteren Mitarbeiter wird im Kapitel C ausführlicher dargelegt. Ihre Zahl hat sich durch das erfolgreiche Einwerben von zusätzlichen Projektzuschüssen deutlich erhöht, wie die obige Tabelle zeigt.

## **Öffentlichkeits- und Pressearbeit**

Die Website [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) ist – zusammen mit der Germanwatch-Zeitung (s.u.) – weiterhin das Hauptmedium für den Kontakt von Germanwatch zu einer breiten Öffentlichkeit. Rund 4,1 Mio. HTML-Seitenzugriffe waren im Jahr 2008 zu verzeichnen, was einem Anstieg um 14% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ein wichtiger Grund hierfür ist die gute Indizierung in Suchmaschinen.<sup>1</sup> Die Reichweite von Germanwatch-Informationen im Internet wird durch diese Zahlen jedoch noch unterschätzt. Ein Grund hierfür ist die konservative Erhebungsmethode der Statistiken<sup>2</sup>. Viel bedeutender ist aber die zunehmende Präsenz von Germanwatch-Informationen auf anderen Websites, beispielsweise den Internet-Präsenzen „klassischer“ Hörfunk-, TV- und Printmedien, die Germanwatch-Pressemitteilungen oder andere Veröffentlichungen aufgreifen, sowie auf den immer intensiver genutzten Web2.0-Plattformen. So veröffentlichten wir kürzlich den Klima-Kurzfilm „Die Rechnung“ auf unserer YouTube-Seite [www.youtube.com/germanwatch](http://www.youtube.com/germanwatch). Innerhalb weniger Wochen sahen über 20.000 Menschen die deutsche und über 10.000 die englische Version des Films – viele von ihnen empfahlen ihn dann über Twitter und andere Plattformen weiter.

Darüber hinaus wurden Öffentlichkeit, Entscheidungsträger, Multiplikatoren wie v.a. Journalisten und natürlich die Mitglieder und Förderer von Germanwatch weiterhin von uns aktiv mit aktuellen Informationen versorgt:

- Unsere Zeitung erschien – unter Federführung von Vorstandsmitglied Dörte Bernhardt und Redakteurin Anika Busch – einmal pro Quartal in einer Auflage von jeweils rund 100.000 Exemplaren. Anknüpfend an unseren bereits vor Jahren geprägten Slogan „Politik braucht Weitblick“ haben wir ihr nun den Titel „Weitblick - Zeitung für eine global gerechte und zukunftsfähige Politik“ gegeben.
- Mit unserer Pressearbeit informierte Germanwatch – seit Januar 2008 unter der Federführung von Larissa Neubauer – regelmäßig Medienvertreter.
- Über 4600 AbonnentInnen – überwiegend Entscheidungsträger und Multiplikatoren – erhalten den kostenlosen Informationsdienst KlimaKompakt per E-Mail.
- Als besonderer Service v.a. für Mitglieder und Förderer erscheint neben dem gedruckten Mitgliederundbrief etwa alle sechs Wochen der E-Mail-Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“.

Neben diesen Aktivitäten haben wir insbesondere dank der Unterstützung von Gisela Bhatti viele weitere wichtige Grundlagen dafür geschaffen, unsere Mitglieder und Spender besser zu betreuen und neue zu gewinnen. Besonders bemühen wir uns auch um weitere Zustiftungen für die Stiftung Zukunftsfähigkeit, die ein überaus wichtiger Unterstützer und Verstärker unserer Arbeit ist.

**Allen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen, sowie dem gesamten Germanwatch-Team aus hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Honorarkräften einschließlich des Vorstands, Kuratoriums und des Beirats der Stiftung Zukunftsfähigkeit möchte der Germanwatch-Vorstand an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz danken.**

---

<sup>1</sup> Ein Test am 29.8.09 ergab u.a. für folgende Begriffe und Begriffskombinationen einen ersten oder zweiten Platz in der Ergebnisliste von Google: Unternehmensverantwortung, Klimagipfel, Klimaverhandlungen, Klimawissenschaft, Europaparlamentwahlen, Klima-Poster, Klima-Schulbuch, UN-Normen, Verbrauchertipps Klimaschutz, Versicherungen Klima, Weltentwicklungsbericht, Weltweite Agrarpolitik, WTO-Verhandlungen, Zur Lage der Welt, Internationale Klimapolitik, Klima Bildung, Klima Entwicklung, Klima Recht, Klima Risiko, Klima Verkehr. Unter den Treffern 3-10 (also ebenfalls auf der ersten Ergebnisseite) waren u.a.: Entwicklungsfinanzierung, Finanzsektor, EU-Agrarpolitik, EU-Klimapolitik, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Meeresspiegelanstieg, Arbeitsblätter Unterricht, Braunkohlekraftwerk, CO<sub>2</sub>-Abscheidung, Globaler Klimawandel, Handy-Recycling, Exportsubventionen, Klimasicherheit, Klima-Abkommen, Kopenhagen-Abkommen, Die Rechnung, Doha-Runde, Emissionshandel, Nationale Klimapolitik, OECD-Leitsätze, Offenlegung Agrarsubventionen, Anpassung Klimawandel.

<sup>2</sup> Die von unserem Internetprovider installierte Statistik-Software zählt die PDF-Downloads nicht mit. Besucher greifen jedoch zunehmend über Suchmaschinen oder Links auf anderen Websites direkt auf unsere PDF-Dateien zu.

## C Unsere Arbeit

Die Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich generell in vier große Arbeitsfelder, die zum Teil quer zueinander verbunden sind: Klima, Welthandel, Verantwortung der Unternehmen und des Finanzsektors, Entwicklungsfinanzierung. Dabei haben wir übergreifend entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine globale und nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Nord-Süd-Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nimmt in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

### Klima- und Energiesicherheit

Im Dezember 2009 kommt die internationale Staatengemeinschaft in Kopenhagen zusammen, um ein neues UN-Klimaabkommen zu verabschieden. Zentrales Ziel des Abkommens soll es sein, die Umsetzung von Artikel 2 der Klimarahmenkonvention zu ermöglichen, einen „gefährlichen Klimawandel“ zu vermeiden. Immer deutlicher weisen die wissenschaftlichen Erkenntnisse darauf hin, dass der Klimawandel schneller kommt und früher gefährliche Konsequenzen zeigt als noch vor wenigen Jahren gedacht. So ist heute mit einem deutlich höheren Meeresspiegelanstieg in diesem und den kommenden Jahrhunderten zu rechnen, als die noch vom IPCC im Jahr 2007 genutzten Modellrechnungen prognostizierten.<sup>3</sup> Germanwatch griff diese bemerkenswerten Ergebnisse zum Meeresspiegelanstieg in Kooperation mit Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in zwei Workshops auf. Einen konnten wir im Bundeskanzleramt durchführen, den anderen mit den Spitzen von Nichtregierungsorganisationen (NRO). Anlässlich des Klimagipfels in Posen führten wir eine von Dr. Manfred Treber moderierte offizielle Begleitveranstaltung durch.<sup>4</sup>

Eine andere enorme Gefährdung für die (Klima-)Sicherheit, und zwar die möglichen Konsequenzen eines stockenden Monsuns für die Wasser- und Ernährungssicherheit in Indien, haben wir mit Akteuren der Stiftung Wissenschaft und Politik u.a. in einem Workshop intensiv diskutiert. Dies geschah im Rahmen des gemeinsam mit Adelphi durchgeführten und vom Bundesumweltministerium unterstützten Projektes KRIUM (Zivile Krisenprävention, Umwelt und Ressourcen), dessen Etablierung maßgeblich auf das Engagement von Anja Köhne zurückgeht. Mit Brot für die Welt sind wir außerdem eine strategische Kooperation im Klimabereich eingegangen, bei der der Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und dem Recht auf Nahrung eine zentrale Bedeutung hat – unter dem Stichwort „Ernährungssicherheit“ gehen wir hierauf weiter unten noch näher ein.

Kann einerseits die Frage der Klimasicherheit nur im engen Zusammenhang mit der Wasser- und Ernährungssicherheit diskutiert werden, so gehen wir im KRIUM-Projekt davon aus, dass die notwendige Klimapolitik nur gemeinsam mit der Frage der Energiesicherheit diskutiert werden kann. Der sichere und ungefährdete Zugang zu Energie gehört zur Staatsraison aller großen Staaten. Viele Kriege und Konflikte haben eine energiepolitische Komponente. Es ist nicht zu erwarten, dass diese Staaten klimapolitische Strategien umsetzen, die ihre Energiesicherheit gefährden. Umgekehrt kann es ein starker positiver Impuls für die Klimapolitik sein, wenn diese zugleich – etwa durch Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien – die Energiesicherheit verbessert.

Die Zusammenhänge und möglichen Synergien zwischen Klima-, Ernährungs- und Energiesicherheit, die im KRIUM-Projekt einen zentralen Stellenwert haben, haben jüngst Christoph Bals und Rixa Schwarz in einem Artikel für die Zeitschrift s+f (Sicherheit und Frieden, Ausgabe 3 / 2009) analysiert.

#### **Regionale Schwerpunkte: Indien, Russland, China, Afrika**

Bei den Germanwatch-Aktivitäten zum Thema Klima- und Energiesicherheit haben sich als regionale Schwerpunkte neben Indien (siehe oben) auch Russland (wegen der besonders engen Verknüpfung mit der EU-Energiesicherheit), Afrika (wegen der besonderen Verletzlichkeit gegenüber Klimarisiken und dem mangelnden Zugang zu sauberer Energie) und China (wegen der besonderen Bedeutung der Ent-

<sup>3</sup> wobei der IPCC 2007 selbst klarstellte, dass seine Angaben die dynamischen Schmelzprozesse nicht berücksichtigen konnten, siehe [www.germanwatch.org/kliko/k50.pdf](http://www.germanwatch.org/kliko/k50.pdf)

<sup>4</sup> siehe Webcast des UN-Klimasekretariats: <http://copportal1.man.poznan.pl/Archive.aspx?EventID=53&Lang=floor>

wicklung des Landes für die globale Energie- und Klimasicherheit) herauskristallisiert. Unterstützt wurde die unter Federführung von Rixa Schwarz durchgeführte Arbeit von Boris Schinke zum Schwerpunkt Indien, von Thomas Spencer und Oldag Caspar zum Schwerpunkt Russland sowie in Bezug auf China von der Kanzlerstipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung, Qian Cheng.

### **Wird Kopenhagen zum Meilenstein, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden?**

Kann der Klimagipfel von Kopenhagen zu einem Wendepunkt der internationalen Klimapolitik werden? Kann von ihm der notwendige Impuls ausgehen, einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden und damit dafür zu sorgen, dass der Klimawandel nicht in großem Stil zur Sicherheitsfrage werden wird? Germanwatch macht sich keine Illusionen darüber, wie schwerfällig der UN-Verhandlungsprozess mit fast 200 Staaten ist, wie stark massive wirtschaftliche Interessen den notwendigen Konsens blockieren und wie naiv die Vorstellung ist, dass die Einsicht in die Notwendigkeit eines wirklich ambitionierten Klimaschutzes und umfassenden Schutzes der Betroffenen („Anpassung“) ganz von selbst wie der Blitz in die Köpfe der Politiker und Delegierten fahren wird. Und dennoch: Wir glauben, dass ohne wesentliche Fortschritte in Kopenhagen der internationale Klimazug noch viel weniger vorankommen wird. Bei einem von der dänischen Präsidentschaft des kommenden Klimagipfels geleiteten Vortreffen wichtiger Staaten waren sich alle einig: wir können zuhause mehr durchsetzen, wenn die anderen auch zügig vorgehen. Nationale Vorreiterrollen lassen sich umso eher rechtfertigen, je sicherer es ist, dass die anderen nachkommen.

Vor diesem Hintergrund hat Germanwatch einen starken Schwerpunkt darauf gesetzt, die UN-Klimaverhandlungen zu beobachten, die Öffentlichkeit zu informieren, die Delegierten zu beraten sowie gemeinsam mit anderen NRO, wenn nötig, Druck zu machen.

Bei den letzten Verhandlungsrunden in diesem Jahr 2009 (bis zur Erstellung des vorliegenden Berichts) konnten wir alle wichtigen Verhandlungsstränge entweder durch Mitarbeiter oder durch Freiwillige abdecken, die sich meist im Rahmen des Studiums in diese Themen einarbeiten konnten. Uns kam dabei zugute, dass die letzten drei Verhandlungsrunden alle in Bonn stattfanden, sodass es relativ wenig finanziellen Aufwand für Reisen und Übernachtung gab, während die kommenden drei Konferenzen im Ausland stattfinden werden. Es war für die, die seit vielen Jahren den Prozess begleiten, faszinierend, mit wie viel Schwung und Fachkenntnis sich auch die jüngeren Akteure unter uns in die Themen einarbeiteten und wichtige Arbeit leisteten.

So konnten praktisch alle wichtigen Bereiche der UN-Klimaverhandlungen durch uns abgedeckt werden: Klimaschutz durch Christoph Bals und teilweise durch Hans Verolme, Anpassung durch Sven Harmeling, Alpha Kaloga, Hannah Vermaßen und Sönke Kreft, Technologiekooperation durch Kristin Gerber, Qian Cheng, Rixa Schwarz und Anne Koch, Finanzarchitektur durch Christoph Bals, Sven Harmeling, Qian Cheng, Katrin Enting und Marisa Beck, Flugverkehr durch Manfred Treber und Alex Liedke, CCS durch Manfred Treber, Emissionshandel / Marktmechanismen durch Jan Burck, Lukas Hermwille (geb. van der Straeten) und Simone Ackermann, vermiedene Entwaldung durch Thomas Spencer und „rechtliche Fragen“ durch Lutz Morgenstern.

Insgesamt konnte Germanwatch damit eine wichtige Rolle im weltweiten Netzwerk der NRO (CAN – Climate Action Network) spielen, mit vielen Delegationen sprechen und Journalisten regelmäßig briefen.

### **Partizipation der Zivilgesellschaft und Capacity Building**

Die Partizipation der afrikanischen Zivilgesellschaft ist ebenso von zentraler Bedeutung, um ein gerechtes Kopenhagen-Abkommen zu erreichen, das auch die Perspektive der besonders betroffenen Länder zum Maßstab für Ambition hat. Seit Posen unterstützt Germanwatch die Teilnahme der NRO-Vertreter Andrew Adwera aus Kenia, Shepard Zvigadza aus Zimbabwe, Djimingue Nanasta aus Senegal und Sena Alouka aus Togo an allen Klimaverhandlungen bis Kopenhagen, mit finanzieller Förderung durch das Bundesumweltministerium. Diese Partnerschaft ist ein gegenseitiges Capacity Building, das den Afrikanern das aktive Engagement in den Verhandlungen erleichtert und uns gleichzeitig ein besseres Verständnis der afrikanischen Perspektive auf den Klimawandel ermöglicht. Die mehrmalige Anwesenheit der Partner in Bonn in diesem Jahr haben wir zudem genutzt, um den in NRW le-

benden Menschen mit afrikanischem Migrationshintergrund das Thema Klimawandel in Afrika näherzubringen – ein Bereich, den wir noch ausbauen wollen.

### **Treaty 1.0 – Eine Blaupause für ein ambitioniertes Kopenhagen-Abkommen**

Viel Arbeit haben insbesondere Christoph Bals, Sven Harmeling, Qian Cheng und Lutz Morgenstern in den gemeinsam mit anderen NRO und Einzelpersonen erarbeiteten „Treaty 1.0“ hineingesteckt, eine Blaupause für ein ambitioniertes Kopenhagen-Abkommen. Es wurde nicht nur eine allgemeinverständliche Darstellung erarbeitet, sondern auch ein detaillierter rechtlicher Text. Das im Frühsommer veröffentlichte Dokument<sup>5</sup> hat sehr viel Resonanz ausgelöst. Zahlreiche Delegationen haben die beteiligten NRO eingeladen, den gesamten Text oder einzelne, sie besonders interessierende Ideen im Detail zu diskutieren.

### **Der Adaptation Fund**

Gerade auch mit Blick darauf, dass die Anpassungsgelder den besonders Betroffenen zugute kommen, begleitet Germanwatch konstruktiv-kritisch die Entwicklung des Adaptation Fund unter dem Kyoto-Protokoll, dessen Steuerungsgremium seit der Klimakonferenz von Bali bisher sechs Mal in Bonn getagt hat. Durch Sven Harmeling und Alpha Kaloga war Germanwatch bei allen diesen Treffen vertreten. Gemeinsam mit der britischen NRO International Institute for Environment and Development (IIED) wurde vor kurzem ein Briefing<sup>6</sup> zum Adaptation Fund veröffentlicht, das auch eine Lücke in den internationalen, zum Teil schlecht informierten Diskussionen über die Entwicklung des Fonds füllt. In den UN-Klimaverhandlungen lässt sich insgesamt feststellen, dass sich die Entwicklungsländer heute sehr viel stärker zu der Priorisierung von Anpassung für besonders verletzte Gruppen äußern als noch vor 6 Monaten, was sicherlich auch auf die Arbeit der NRO zurückzuführen ist.

### **Klimaversicherung**

Das Thema Versicherung ist mehrfach in der Klimarahmenkonvention und im Bali-Aktionsplan genannt. Allerdings fehlt es bisher an konkreten Maßnahmen und Institutionen, um Versicherungslösungen etwa für Kleinbauern in Afrika als ein Werkzeug zur Anpassung an den Klimawandel (speziell an Extremwetterereignisse) zu verwenden.

Das Ziel der Germanwatch-Aktivitäten ist es im Kopenhagen-Prozess Impulse zu setzen, damit der bislang nur auf dem Papier stehende Begriff „Versicherung“ auch wirklich in die Tat umgesetzt wird, und zwar so, dass dies den Bedürfnissen der Menschen in den verletzlichsten Länder und Bevölkerungsgruppen entspricht. Um dieses Ziel zu erreichen, kooperiert Germanwatch mit der Munich Climate Insurance Initiative (MCII), einem Zusammenschluss von Experten aus Forschungsinstitutionen, NRO und der Versicherungsindustrie. Christoph Bals ist zweiter Vorsitzender dieser Initiative.

Die Arbeit in dem Bereich werten wir als sehr erfolgreich. Als Urheber von einem der zwei diskutierten Konzepte in den UN-Klimaverhandlungen ist MCII Meinungsführer dazu im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Außerdem hat MCII viel internationale Präsenz (es konnten u.a. Beiträge in wichtigen Zeitungen und Fachmagazinen platziert werden, darunter New York Times, Nature und New Scientist).

Durch eine ständige Begleitung der Verhandlungen in Person von Christoph Bals, Sönke Kreft und Sven Harmeling konnte Germanwatch eine wichtige Beratungsleistung für Delegierte zu dem Thema „Versicherung für die Nichtversicherbaren“ leisten. Dies geschah v.a. in Form von informellen und formellen Gesprächen mit Delegierten, der Aufarbeitung von Informationen durch Hintergrundpapiere und Informationsbroschüren, der Mitveranstaltung einiger offizieller Begleitveranstaltungen sowie mehrerer offizieller Eingaben („Submissions“).

---

<sup>5</sup> [www.germanwatch.org/presse/2009-06-08.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2009-06-08.htm)

<sup>6</sup> [www.germanwatch.org/klima/adbr09d.htm](http://www.germanwatch.org/klima/adbr09d.htm)

## **Klimaschutz-Index 2009: Kein Land ist auf Kurs, um gefährlichen Klimawandel zu verhindern**

Seit der Jahrtausendwende steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht nur absolut betrachtet, sondern auch in Relation zum Wirtschaftswachstum der einzelnen Länder. Diese dramatische Entwicklung bildet den Hintergrund, vor dem auf dem UN-Klimagipfel in Posen zum vierten Mal in Folge die Ergebnisse des Klimaschutz-Indexes von Germanwatch und dem Climate Action Network Europe präsentiert wurden. Der Index vergleicht die Klimaschutzleistungen von 57 Industrie- und Schwellenländern, die gemeinsam für 90 Prozent der globalen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind.<sup>7</sup>

Das zentrale Ergebnis: kein Land hat bei der Emissionsreduktion gut genug abgeschnitten, um sich eine Medaille zu verdienen. Aus diesem Grund haben sich die Autoren dazu entschlossen, die ersten drei Plätze des Rankings frei zu lassen. Als das beste unter den insgesamt schlecht bewerteten Ländern belegt Schweden Platz vier, gefolgt von Deutschland und Frankreich. Am unteren Ende des Rankings belegen Saudi Arabien den 60., Kanada den 59. und die USA den 58. Platz. Insbesondere positive Initiativen einzelner Bundesstaaten haben die USA an Kanada vorbeiziehen lassen. In allen drei Indikatoren – Emissionstrend, Emissionsniveau und Klimapolitik – schneiden diese Schlusslichter schlecht ab. Nur durch ambitioniertes politisches Engagement haben diese Länder die Möglichkeit, ihre Platzierung in Zukunft zu verbessern.

Die Resonanz auf den Klimaschutz-Index war wieder sehr ermutigend. Es wurde in über 100 Ländern über ihn berichtet und er diente in verschiedenen Parlamentsdebatten (z.B. Kanada und Finnland) als Argument für bessere Klimaschutz-Politik. Zuschüsse von der Barthel-Stiftung ermöglichten die erneute Erstellung des Klima-Indexes, den Germanwatch nun schon zum vierten Mal unter Federführung von Jan Burck herausgab. Durch eine Kooperation mit oekom research werden die Ergebnisse des Indexes auch relevant für die Nachhaltigkeitsbewertung von Staatsanleihen im Finanzmarkt.

## **Wissenschaftliche Hintergründe als Grundlage zum Handeln aufarbeiten**

Bei der Informationsarbeit zum Thema Klimawissenschaft geht es Germanwatch nach dem Abschluss des Vierten Sachstandsberichtes des Weltklimarates IPCC insbesondere darum, neuere Entwicklungen etwa im Rahmen des IPCC für die Öffentlichkeit aufzubereiten und ihren Entwicklungsbezug aufzuzeigen. So haben wir ein Hintergrundpapier<sup>8</sup> über den im kommenden Jahr vom IPCC zu verabschiedenden Sonderbericht über Erneuerbare Energien veröffentlicht sowie die neuen Szenarien des IPCC dargestellt<sup>9</sup>.

---

<sup>7</sup> Ergebnisse, Methoden, Einzelgrafiken und weitere Informationen siehe [www.germanwatch.org/ksi](http://www.germanwatch.org/ksi)

<sup>8</sup> [www.germanwatch.org/klima/ee09.htm](http://www.germanwatch.org/klima/ee09.htm)

<sup>9</sup> [www.germanwatch.org/klima/mt08szen.pdf](http://www.germanwatch.org/klima/mt08szen.pdf)

## Auf dem Weg zur notwendigen Energie- und Verkehrspolitik

### Szenarien für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter in Deutschland und Frankreich

Hauptziel des neuen Forschungsprojektes „Engaging Civil Societies in Low Carbon Scenarios“<sup>10</sup> ist die Entwicklung von kohlenstoffarmen Energieszenarien für Deutschland und Frankreich mit einem anspruchsvollen Treibhausgasemissionsziel in 2050. Diese Szenarien respektieren einerseits die Nichtüberschreitung des 2°C-Limits durch Verbesserungen der Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, ohne sich jedoch auf risikoreiche oder noch nicht „reife“ Technologien zu stützen. Die Rolle von Germanwatch wird es unter anderem sein, die Szenarien, die das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung erarbeitet, im Dialog mit Stakeholdern auf ihre Realitätsnähe zu überprüfen.

Dazu wird ein iterativer Dialog initiiert zwischen

- makro-ökonomischen Modellen, die die Auswirkungen verschiedener politischer Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung verschiedener Sektoren, den Arbeitsmarkt und Güterpreise analysieren
- und Stakeholder-Debatten, in denen die Positionen von Interessenvertretern einflussreicher ökonomischer und sozialer Organisationen bezüglich der Auswirkungen der Szenarien gegenübergestellt werden.

Es sollen prioritäre politische Maßnahmen herausgearbeitet werden. Dabei soll insbesondere die soziale Akzeptanz von möglichen Maßnahmen überprüft werden, um Vorschläge zu entwickeln, wie eventuelle negative soziale und ökonomische Auswirkungen möglichst in Chancen verwandelt werden können.

### Studie von Germanwatch und Ecofys zeigt: „Green New Deal“ bleibt bislang aus

Die großangelegten Konjunkturprogramme weltweit hätten die große Chance geboten, durch massive Investitionsprogramme die Wirtschafts- und Klimakrise gemeinsam zu bekämpfen und zugleich die Auswirkungen der absehbar steigenden Energiepreise zu dämpfen.

Doch die G20-Staaten sind von einem „Green New Deal“ bei der Wiederankurbelung der Wirtschaft weit entfernt. Das zeigt eine Analyse der Klimafreundlichkeit der Konjunkturpakete von fünf Ländern und der Europäischen Union, die Ecofys und Germanwatch im Auftrag der europäischen Umweltorganisation „Dritte Generation Umweltschutz“ (E3G) und des WWF durchführten. Für Germanwatch analysierten Jan Burck und Lukas Hermwille die Konjunkturpakete. Der Studie<sup>11</sup> zufolge belaufen sich die nach Effektivität bereinigten klimafreundlichen Ausgaben der untersuchten Konjunkturpakete auf lediglich 73 Milliarden US-Dollar – bei einem Gesamtwert von 1100 Milliarden US\$. Das ist lediglich ein Anteil von 6,6 Prozent.

### Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor

Der Finanzmarkt ist eine zentrale Schnittstelle, wenn es um die Umsetzung der für notwendig gehaltenen Klimaschutzszenarien geht. Der damit zusammenhängende Umbau ist für ihn mit Risiken verbunden, aber ebenso auch mit zahlreichen Chancen. Die Frage, wie die Minimierung der Risiken und die Maximierung der Chancen im Finanzmarkt erreicht werden kann, steht im Zentrum des Verbundprojektes „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“, das bei Germanwatch ein Team um Christoph Bals, Kristin Gerber und Katrin Enting durchführt. An dem durch das Bundesforschungsministerium finanzierten Forschungsprojekt sind Germanwatch, die Universität Potsdam, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und das European Climate Forum beteiligt.

Im Vordergrund des Projektes steht das Ziel, Finanzdienstleister bei der Integration von Klimaaspekten in ein angemessenes Risiko- und Chancenmanagement zu unterstützen. Im Projekt wurde hierzu

<sup>10</sup> Projektpartner sind das PIK, RAC-France, CIRED, Inforse und Germanwatch

<sup>11</sup> [www.germanwatch.org/presse/2009-04-02.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2009-04-02.htm)

ein geeignetes Konzept für ein „Bayesianisches Risikomanagement“ entwickelt und erprobt. In den letzten drei Jahren hat sich gezeigt, dass die Methodik einen Beitrag leisten kann, um systemische Risiken, wie sie sich zum Beispiel anlässlich des Klimawandels oder der aktuellen Finanzkrise zeigen, frühzeitig zu erkennen und angemessen zu bewältigen. Als Praxispartner sind unter anderem die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, WestLB, HypoVereinsbank und die Allianz Global Investors beteiligt. Das Projekt wird im November dieses Jahres mit einer Abschlusskonferenz im Rahmen der Frankfurter EuroFinance Week abgeschlossen.<sup>12</sup>

Damit das Bayesianische Risikomanagement als Ergänzung des konventionellen Risikomanagements von Finanzdienstleistern systematisch genutzt werden kann, gilt es im nächsten Schritt, Anwendungshemmnisse zu überwinden. Zu diesen zählt insbesondere die historisch gewachsene Prägung des Risikocontrollings, die unterstellt, dass Risiken allein auf Basis von Vergangenheitsdaten ermittelbar seien. Die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel ist dahingehend als Fortschritt zu werten. Aufbauend auf – unter anderem – unseren Projektergebnissen ist hier die Erkenntnis eingeflossen, dass durch eine international abgestimmte Veränderung der Finanzmarktregulierung die Nutzung von innovativen Ansätzen, „wie beispielsweise das Bayesianische Risikomanagement“<sup>13</sup>, ermöglicht werden soll.

Aus der Vielzahl der interessanten Ergebnisse ragt eine in Zusammenarbeit mit der WestLB vor allem vom PIK und von Germanwatch erarbeitete Studie heraus, die im September 2009 veröffentlicht wird. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Stromversorger in Zukunft unabhängig von der konkreten Investitionsstrategie ihren Ruf als Branche mit geringen Risiken und hohen, stabilen Erträgen einbüßen könnten. Sie zeigt, dass unter den heutigen Rahmenbedingungen am deutschen Strommarkt nur geringe Anreize bestehen, Ersatzinvestitionen in neue Kraftwerke zu tätigen. Insbesondere bei niedrigen CO<sub>2</sub>-Preisen zeigen sich deutliche Rentabilitätsprobleme für neue fossile Kraftwerke. Das auf den ersten Blick überraschende Resultat der Studie ist, dass sich eine ambitionierte Klimaschutzpolitik mit hohen CO<sub>2</sub>-Preisen als das vermutlich wirtschaftlich beste Szenario für Unternehmen und Investoren erweist.

Die vier großen Verbundunternehmen der deutschen Stromwirtschaft befinden sich demnach in einer schwierigen Lage. Viele Großkraftwerke befinden sich am Ende ihres „normalen“ Lebenszyklus. Folgende Aspekte beeinflussen nun die Frage von Ersatzinvestitionen:

- Unter den sich abzeichnenden Rahmenbedingungen rechnen sich Investitionen in fossile Großkraftwerke oft nicht mehr. Insbesondere Steinkohlekraftwerke erweisen sich sowohl bei hohen als auch bei niedrigen CO<sub>2</sub>-Preisen als unrentabel. Gaskraftwerke sind nur bei hohen CO<sub>2</sub>-Preisen eine wirtschaftliche Alternative.
- Einzelne Braunkohlekraftwerke sind aus heutiger Sicht am ehesten rentabel, wobei ihre Rentabilität stärker von der Entwicklung der Primärenergiepreise abhängt als von der Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Preise. Aufgrund der langfristigen Klimaschutzziele können Braunkohlekraftwerke allerdings sehr schnell in Konflikt mit der Klimapolitik (regulatives Risiko) geraten.
- Nach den Modellrechnungen der Studie ist für die Rentabilität von Steinkohle-Kraftwerken mit CCS<sup>14</sup> ein CO<sub>2</sub>-Preis von 45 €/t oder mehr notwendig. Braunkohle-Kraftwerke mit CCS erweisen sich schon bei deutlich niedrigeren CO<sub>2</sub>-Preisen als rentabel und könnten der Kohleverstromung einen Ausweg aus der CO<sub>2</sub>-Falle bieten, falls sich die rund um CCS noch offenen Fragen lösen lassen. Solange es allerdings nicht zu dauerhaften erheblichen Preissteigerungen für Emissionsberechtigungen oder neuen regulatorischen Eingriffen kommt, wird sich das Potenzial von CCS nur in Nähe der Fördergebiete für Braunkohle entfalten können.
- Ein Ausbau der Erneuerbaren Energien hat eine Strompreis senkende Wirkung an der Strombörse. Dies führt zu einer Verschlechterung der Rendite von allen Kraftwerken, die sich am Strommarkt behaupten müssen. Nach den Berechnungen erweist sich ein „Grünes Kraftwerk“, das aus einem Portfolio verschiedener Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien (Onshore- und Offsho-

<sup>12</sup> weitere Infos hierzu und zum Projekt siehe [www.climate-mainstreaming.net](http://www.climate-mainstreaming.net)

<sup>13</sup> Bundesregierung (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel, S. 36. [www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das\\_gesamt\\_bf.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf)

<sup>14</sup> CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung, engl. Carbon Dioxide Capture and Storage

re-Windkraft, Solar, Biomasse) besteht, als rentabel. Eine besondere gesetzliche Förderung für erneuerbare Energien erscheint jedoch noch über längere Zeit nötig.

### **Die Vision von 100 Prozent Erneuerbaren Energien – das SuperSmart Grid**

Weltweit ist die Energiepolitik zunehmend durch Risiken und Unsicherheiten der knapper werdenden fossilen Energieressourcen, dem stark steigenden Energiehunger und schwankenden Preisen fossiler Energien geprägt. Zudem treten die Risiken des Klimawandels immer stärker in den Vordergrund. Germanwatch setzt sich daher für eine Energieversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren ein. In Europa rechnen wir damit, dass diese Vision vor Mitte des Jahrhunderts Realität werden kann.

Einer der zentralen Bremsklötze auf dem Weg zur Umsetzung ist die dementsprechende Um- und Neugestaltung des Stromnetzes. Um die enormen Potentiale der Erneuerbaren Energien nutzbar zu machen, sollten zwei Ansätze miteinander vereint werden, die bisher meist als Gegensätze diskutiert wurden. Während der erste Ansatz auf die vollständig dezentrale Erzeugung von Erneuerbaren Energien vor Ort setzt, baut der zweite auf großflächige Erneuerbare-Energien-Kraftwerke dort, wo besonders ertragsreich, kostengünstig und risikoarm Erneuerbare Energien zum Einsatz kommen können. Die Ansätze für den dezentralen Ausbau von Erneuerbaren Energieträgern, wie sie etwa von Eurosolar seit vielen Jahren erfolgreich propagiert werden, sowie die Ansätze für den Ausbau von solarthermischen Kraftwerken in Nord-Afrika, Offshore- oder großen Onshore-Windanlagen in Nordafrika oder Nordeuropa sowie Biomassekraftwerken in Osteuropa werden hier miteinander verknüpft statt sie gegeneinander auszuspielen.

Für beide Ansätze ist die Modernisierung der Stromnetze eine wesentliche Voraussetzung. Zum einen müssen die Netze zu intelligenten Stromnetzen – sogenannten Smart Grids – umgebaut werden, wodurch die regional unterschiedlichen Erzeugungseinheiten miteinander gekoppelt und mittels automatischen Nachfrage- und Lastenmanagements zu den Verbraucherzentren transportiert werden können. Zum anderen sind die Netze zu überregionalen Fernleitungen fast ohne Stromverluste auszubauen – zu sogenannten Super Grids – um die EU mit Strom aus Nordafrika (etwa solarthermische Stromerzeugung und Wind), aus Nordeuropa (vor allem Wind), aus Osteuropa (etwa Strom aus Biomasse) sicher und kostengünstig versorgen zu können.

Das aus der Kombination beider Ansätze entstehende „SuperSmart Grid“ (SSG) bietet die Möglichkeit, mehrere Herausforderungen gleichzeitig anzugehen: Klimasicherheit, Energiesicherheit und Investitionssicherheit. Im Rahmen des vom Bundesforschungsministerium finanzierten Mainstreaming-Projektes (siehe oben) hat Germanwatch die Chancen eines solches Konzeptes für Finanzmarktakteure wie die Münchener Rück aufgezeigt. Dies hat mit dazu beigetragen, dass sich die Münchener Rück als Konsortialführer der DESERTEC Industrial Initiative hervorgetan hat.

Viele unserer diesbezüglichen Aktivitäten laufen in enger Abstimmung mit dem PIK und dem European Climate Forum (ECF), wo insbesondere Antonella Battaglini das Konzept mitentwickelt und vorangetrieben hat.

Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen zeigen wir – in Kooperation mit der European Climate Foundation (ECF) und der libanesischen NGO INDYACT sowie E3G auf, wie die weitreichende Erneuerbare-Energien-Vision im Rahmen des angestrebten Technologiemechanismus unterstützt werden könnte. Anne Koch, Rixa Schwarz und Kristin Gerber sind in der internationalen Arbeitsgruppe der Nicht-Regierungsorganisationen zu diesem Thema tätig und bereichern die Debatte um die Positionen von Germanwatch hinsichtlich der Bedeutung erneuerbarer Energien im Kampf gegen den Klimawandel und die fortschreitende Armut.

In Deutschland engagieren wir uns seit Mai 2009 für die vollständige Integration Erneuerbarer Energien, den dafür notwendigen Stromnetzum- und -ausbau hin zu einem SuperSmart Grid sowie für den Interessenausgleich zwischen betroffenen gesellschaftlichen Akteuren durch die Arbeit im Steuerungskreis des Forums Netzintegration Erneuerbarer Energien, wo uns Christoph Bals und Anne Koch vertreten.

Auch hat sich Germanwatch maßgeblich für die Gründung der „Renewables Grid Initiative“ – zusammen etwa mit Antonella Battaglini, dem WWF und dem (bald vom jetzigen Mutterkonzern verkauften) Netzbetreiber Vattenfall Transmission sowie dem niederländischen Übertragungsnetzbetrei-

ber TenneT eingesetzt. Ziel der im Juni 2009 gegründeten Initiative ist der Ausbau von Produktions- und Übertragungsnetz-Kapazitäten des europäischen Stromnetzes zur vollständigen Integration von zentral und dezentral erzeugter erneuerbarer Energie. Erstmals ziehen europaweit Stromnetzbetreiber und Umweltorganisationen dabei an einem Strang.

Zudem bereiten wir entsprechende Lobbyaktivitäten gegenüber den deutschen Bundestags- und relevanten Europaabgeordneten zu diesem Thema vor.

### **Zukunft der Kohle: CCS**

Germanwatch hat sich zu der Position durchgerungen, dass nicht darauf verzichtet werden kann, die Option der Abscheidung und geologischen Lagerung von CO<sub>2</sub> (CCS) schnell und ernsthaft großtechnisch zu prüfen. Angesichts fehlender Alternativen für das Vermeiden der CO<sub>2</sub>-Freisetzung in Zement- und Stahlproduktion sowie der chemischen Industrie, aber auch angesichts der enormen Dynamik der Kohlenutzung v.a. in China und Indien halten viele Wissenschaftler den Einsatz der Technologie für notwendig, wenn die Chance aufrecht erhalten werden soll, einen gefährlichen Klimawandel noch zu vermeiden. Zumindest solange die CCS-Technik jedoch nicht verfügbar ist und sicher funktioniert, sollten nach Auffassung von Germanwatch in Deutschland keine neuen Kohlekraftwerke mehr genehmigt werden dürfen. In jedem Fall ist klar, dass CCS als teure End-of-the-pipe-Technologie allenfalls eine Brückentechnologie sein kann. Es ist nicht mit dem Konzept einer Kreislaufwirtschaft vereinbar, das CO<sub>2</sub> einfach in geologische Lager zu pumpen.

Germanwatch hat zu den vielen rund um CCS bestehenden und teils umstrittenen Fragen Stakeholderdialoge sowie einen öffentlichen Online-Dialog durchgeführt. Außerdem wurde auf vielfältigem Wege Informationsarbeit zu CCS gemacht – u.a. im Newsletter KlimaKompakt, einer Germanwatch-Zeitung und einem Artikel im ifo Schnelldienst.<sup>15</sup> Das unter der Leitung von Dr. Manfred Treber durchgeführte Projekt wird vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt gefördert.

### **Klima und Verkehr**

Im Verkehrsbereich hat Germanwatch weiter einen besonderen Fokus auf den Flugverkehr gelegt, das am schnellsten wachsende Klimaproblem. Im internationalen Klimaschutz agiert der Flugverkehr weiterhin als Trittbrettfahrer ohne nennenswerte Klimaschutzverpflichtungen. Der Aspekt der Klimawirkung der Flugverkehrsemissionen ist mittlerweile jedoch weniger handlungsleitend dafür, den internationalen Flugverkehr in das Kopenhagen-Abkommen einzubeziehen, als der Aspekt, dass daraus beträchtliche Mittel für Anpassung, Technologie und vermiedene Entwaldung geschöpft werden können. Manfred Treber vertritt Germanwatch hierzu im Arbeitskreis Flugverkehr des Deutschen Naturschutzrings (DNR).

### **Auto- und Schienenverkehr**

Germanwatch hat sowohl mit Daimler als auch mit BMW einen intensiven Dialog darüber geführt, wie auf eine Situation reagiert werden kann, in der das bisherige, auf „Benzinschluckern“ beruhende Geschäftsmodell der Autokonzerne fraglich wird. Mit Daimler hat Germanwatch vereinbart, diesen Dialog regelmäßig fortzuführen. Germanwatch verfolgt zudem das in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gekommene Thema Elektromobilität, veröffentlicht Beiträge dazu, beschäftigt sich allgemein mit dem Thema Nachhaltigkeit in der Mobilität und wie dies in der Finanzkrise unter Aspekten der Energie- und Klimasicherheit vorangetrieben werden kann.<sup>16</sup>

Germanwatch hat sich zudem in die Debatte über die Weiterentwicklung des Schienenverkehrs eingebracht. So unterbreitete Manfred Treber in Dresden einen Vorschlag beim Bundesweiten Umwelt- und Verkehrs-Kongress (BUVKO), wie die Deutsche Bahn AG ihre bereits recht anspruchsvollen, aber leider nur *relativen* Reduktionsziele bis zum Jahr 2020 in *absolute* Ziele übersetzen kann.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> alle Veröffentlichungen sind abrufbar unter: [www.germanwatch.org/klima/ccs](http://www.germanwatch.org/klima/ccs)

<sup>16</sup> vgl. etwa [www.germanwatch.org/klima/mt08emob.pdf](http://www.germanwatch.org/klima/mt08emob.pdf)

<sup>17</sup> [www.germanwatch.org/klima/buvko09.pdf](http://www.germanwatch.org/klima/buvko09.pdf)

## **Klimapolitische Bildung**

### **Germanwatch Klimaexpedition**

Mit der Klimaexpedition ist Germanwatch Woche für Woche in verschiedenen Schulen aktiv. Sie wird vor Ort von den Umweltpädagogen unseres langjährigen Projektpartners Geoscopia durchgeführt und hat seit ihrem Beginn 2004 über 70.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. Live-Satellitenbilder werden in einem 90minütigen, die SchülerInnen interaktiv einbeziehenden Vortrag mit archivierten Satellitenbildern verglichen. Die Folgen des Klimawandels und das Wirken der Menschen auf der Erde werden so eindrucksvoll und ohne moralischen Zeigefinger sichtbar. Die Germanwatch Klimaexpedition ist für den Einsatz an Klassen 5-13 an allen Schulen konzipiert, wird aber zunehmend auch zur Multiplikatorensensibilisierung und -schulung eingesetzt.

Das Konzept erfreut sich steigender Nachfrage. Die Germanwatch Klimaexpedition ist anerkanntes Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und war Bestandteil des Programms der UNESCO-Weltkonferenz „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Frühjahr 2009 in Bonn. An vielen Schulen ist die Germanwatch Klimaexpedition im jährlichen Programm fest verankert und hat diverse Folgeaktivitäten wie AGs, Umweltgruppen initiiert. Sehr wirkungsvoll ist die Mundpropaganda der SchülerInnen in ihr eigenes Umfeld, wie wir es an der steigenden Nachfragen von Messdienergruppen, Freiwilliges Soziales Jahr, Pfadfindern u.a. ablesen können. Viele der Einsätze der Klimaexpedition erfolgten in Kooperation mit der Energiesparlampen-Recycling-Initiative Lightcycle im Rahmen der „S'cooltour“.

### **Klimabildung – Vorträge – Beratung**

Klimaschutz braucht das Verständnis für die Zusammenhänge. Germanwatch stellt die großen Herausforderungen Klima-Energie-Nahrung-Sicherheit in Zusammenhang und zeigt Perspektiven für global gerechte Lösungen.

Germanwatch ist gefragter Partner für die vertiefte Diskussion des Klimawandels und der aktuellen Klimapolitik in Nord-Süd-Perspektive. Mit verschiedenen Einrichtungen haben sich regelmäßige Kooperationen mit Germanwatch-Vorträgen ergeben, so mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und in Bad Münstereifel im Rahmen des thematischen Bildungsurlaubs. Dank einer Rückkehrer-Förderung für Stefan Rostock durch den Evangelischen Entwicklungsdienst konnten wir hier besonders intensiv aktiv werden und u.a. Vorträge an der Akademie Loccum, der Universität Münster, im Rahmen der BUND Baden-Württemberg Entwicklungskonferenz 2008 und im Welthaus Bielefeld halten, um nur einige zu nennen.

Germanwatch berät darüberhinaus andere Akteure bei ihren Kampagnenstrategien, etwa die Klimakampagne des Eine-Welt-Netzes NRW „Heisse Zeiten“ und die Ökologiekampagne „Heldenzeit für Nachhaltigkeit“ der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) im Diözesanverband Köln.<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> [www.heisse-zeiten.org](http://www.heisse-zeiten.org) und [www.dpsg-koeln.de/heldenzeit](http://www.dpsg-koeln.de/heldenzeit)

## **Weltmarktpreise, Welthandel, Agrarpolitik und Ernährungskrise**

Die Zahl der Hungernden weltweit ist in den letzten beiden Jahren dramatisch auf über eine Milliarde Menschen angestiegen. Wichtigster Auslöser war der durch ein Bündel von Ursachen ausgelöste, drastische Anstieg der Weltmarktpreise für Lebensmittel 2007 und 2008. In einer zusammen mit Brot für die Welt veröffentlichten Studie<sup>19</sup> analysieren Klemens van de Sand und Tobias Reichert die Auslöser für die veränderten Weltmarktpreise. Zudem werden die Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung und deren Reaktionen am Beispiel von Mali und Burkina Faso untersucht.

Dabei wird deutlich, dass die höheren Preise *bei richtigen* agrar- und entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen auch eine Chance für die kleinbäuerliche Landwirtschaft bieten könnten. Die Studie wurde Ende 2008 auf einer Fachtagung mit Vertretern von Wissenschaft und Entscheidungsträgern der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert und traf auf große Resonanz und viel Zustimmung.

Der für eine nachhaltige Ernährungssicherung notwendige Paradigmenwechsel in der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionssysteme wird in dem von 400 unabhängigen Experten im UN-Kontext erarbeiteten Weltagrарbericht (International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development) skizziert. Germanwatch setzt sich zusammen mit anderen Verbänden dafür ein, dass die Ergebnisse des Berichts als Leitlinien für die deutsche Entwicklungs- und Agrarpolitik dienen und der internationale Prozess fortgesetzt wird.

### **Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt**

Die Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) zwischen der Europäischen Union und der AKP-Gruppe<sup>20</sup> hätten schon vor fast zwei Jahren abgeschlossen werden sollen. Bis heute konnte aber zu kontroversen Schlüsselthemen wie der Entwicklungsdimension der Abkommen und dem Umfang der Marktöffnung auch für landwirtschaftliche Güter keine Einigung erzielt werden. Es gibt zwar vorläufige Vereinbarungen, in den meisten afrikanischen Regionen laufen die Verhandlungen aber noch weiter. Es wird befürchtet, dass nach einer Abschaffung der Zölle auf den Märkten Afrikas vermehrt billige Produkte der europäischen Landwirtschaft zu finden sein werden, mit denen die Kleinbauern ohne die notwendigen Schutzrechte nicht konkurrieren können. Damit bedrohen die EPAs den Lebensunterhalt und das Recht auf Nahrung einer meist besonders armen Bevölkerungsgruppe, die schon heute den Großteil der Hungernden stellt.

Ziel des von Germanwatch-Referentin Kerstin Lanje koordinierten, dialogorientierten Projekts „Afrikanische Kleinbauern im Fokus – Ihre Stimme in der EU-Handelspolitik“ ist es, die Auswirkungen der EPAs auf Afrikas Kleinbauern zu analysieren und öffentlichkeitswirksam aufzuzeigen sowie zielgerichtete Lobbyarbeit durchzuführen.<sup>21</sup> Partner in dem seit 2007 laufenden Projekt sind FIAN Deutschland, FIAN International, Both Ends (Niederlande), UK Food Group (Großbritannien), SEND (Ghana), Consent (Uganda) und CSTNZ (Sambia).

In den letzten Monaten des Jahres 2008 hat sich die Europäische Seite noch etwas auf die afrikanischen Länder zubewegt. Mit der öffentlichen Kritik und durch Lobbygespräche konnten wir dazu beitragen, dass afrikanische Länder für viele Produkte einen höheren und flexibleren Zollschatz beibehalten dürfen als von der EU ursprünglich gefordert. Ob dies in der Praxis ausreichen wird, um afrikanische Bauern vor billigen Importen zu schützen, wird erst die Umsetzung der EPAs zeigen. Gemeinsam mit anderen NRO konnten wir unsere Positionen auch im Rahmen eines VENRO-Projektes zur Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie weiter entwickeln und voranbringen.

### **Keine Entwicklung im WTO-Prozess**

Auch in den Verhandlungen zur Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO stellt die Frage nach Zollschatz für die kleinbäuerliche Landwirtschaft weiterhin einen der zentralen Konfliktpunkte dar. Seit dem gescheiterten Ministertreffen im Sommer 2008 gab es dabei keine nennenswerten Entwicklungen. Wir werden die Situation vor allem im Rahmen unserer Aktivitäten in der Arbeitsgruppe Han-

<sup>19</sup> [www.germanwatch.org/handel/agrarpr.htm](http://www.germanwatch.org/handel/agrarpr.htm)

<sup>20</sup> Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik

<sup>21</sup> Veröffentlichungen und Infos zum Projekt siehe [www.germanwatch.org/epa](http://www.germanwatch.org/epa)

del des Forum Umwelt und Entwicklung beobachten. Dort konnten wir Ende 2008 eine umfassende Studie<sup>22</sup> zum Zusammenhang zwischen internationalem Handel und Klimaschutz initiieren. Der Themenkomplex steht in der Doha-Runde nicht direkt zur Verhandlung, ist aber in den Klimaverhandlungen zunehmend umstritten.

### **Die EU-Agrarpolitik und der Milchmarkt**

In der Ende letzten Jahres abgeschlossenen Debatte um die oft als „Gesundheitsprüfung“ bezeichnete Generalüberprüfung der Europäischen Agrarpolitik konnten wir einige Akzente setzen. Die mit unserem Projektpartner Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und anderen Verbänden aufgestellte Forderung, die Europäischen Agrarsubventionen so umzuschichten, dass gesellschaftliche Ziele wie Landschafts- und Klimaschutz berücksichtigt werden, wurde teilweise aufgegriffen. So sind eine klimafreundlichere Landwirtschaft und der Schutz von biologischer Vielfalt und Wasserressourcen ausdrücklich als förderungswürdige Ziele genannt. Es werden allerdings kaum zusätzliche finanzielle Mittel dazu bereit gestellt. Ein Zeitplan zum vollständigen Abbau der Exportsubventionen, der in der WTO immerhin schon versprochen ist, fehlt außerdem ganz. Insgesamt gingen die von den EU-Agrarministern gefassten Beschlüsse meist in eine andere Richtung als von uns gefordert.

Der vielleicht schädlichste Beschluss im Rahmen der sogenannten Gesundheitsprüfung war, die EU-weite Obergrenze für die Milchproduktion anzuheben, während gleichzeitig die Nachfrage in der EU und auf dem Weltmarkt stagnierte. Der daraus resultierende Zusammenbruch des Milchpreises macht eine nachhaltige Milchwirtschaft in der EU fast unmöglich, und um die entstehenden Überschüsse abzubauen, wurden die 2007 und 2008 ausgesetzten Exportsubventionen für Milchprodukte wieder eingeführt. Unsere frühzeitigen Proteste dagegen haben immerhin dazu geführt, dass Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner fordert, den direkten Export von Milchprodukten in die ärmsten Entwicklungsländer nicht zu subventionieren. Bislang konnte sie sich damit bei ihren Ministerkollegen aber nicht durchsetzen.

Die dramatische Lage am Milchmarkt und die Entwicklung von entwicklungs- und klimafreundlichen Lösungsansätzen steht im Zentrum des bis 2011 laufenden, von Tobias Reichert koordinierten Projekts mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, in dessen Rahmen wir auch mit dem Bundesverband deutscher Milchviehhalter zusammenarbeiten, in dem mittlerweile ein großer Teil der Milchbauern organisiert ist. Zuschüsse für das Projekt erhalten wir vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

### **Anpassung an den Klimawandel und Ernährungssicherheit**

Germanwatch hat seit vielen Jahren dem Themenkomplex Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität sowie dem Recht auf Nahrung im Rahmen seiner Welthandels-Politik einen besonderen Stellenwert eingeräumt. In den letzten Jahren rückt dieses Problem auch immer mehr ins Zentrum der Klimapolitik.

Vor diesem Hintergrund haben Brot für die Welt, die Diakonie Katastrophenhilfe sowie Germanwatch im November 2008 in der Studie „Climate change, food security and the right to adequate food“<sup>23</sup> in sehr umfassender Weise mit internationalen Partnern und nach unserer Einschätzung erstmalig die internationalen Debattenstränge um das Recht auf angemessene Ernährung und die UN-Klimaverhandlungsdebatte zusammengeführt. Die Studie wurde u.a. bei einem Parlamentarischen Abend in Berlin, bei der UN-Klimakonferenz in Posen und beim Weltsozialforum im brasilianischen Belém vorgestellt. Sie war Grundlage für eine gemeinsam mit CARE International verfasste Eingabe in die Klimaverhandlungen, die, basierend auf der menschenrechtlichen Verpflichtung des Rechts auf Nahrung, die Verantwortung der Entwicklungsländer-Regierungen in den Mittelpunkt rückt, sich bei der Entwicklung von nationalen Anpassungspolitiken und bei der Verausgabung internationaler Anpassungsfinanzierung insbesondere um die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen zu kümmern. Zumindest in den vorläufigen Verhandlungstext wurde ein dementsprechender Passus aufgenommen, es ist allerdings ungesichert, ob er sich auch noch im Dezember im Kopenhagen-Abkommen finden wird.

<sup>22</sup> Santarius (2009): Klima und Handel. Warum der Klimawandel zu einer Reform des Welthandels zwingt. Herausgeber: Forum Umwelt & Entwicklung. [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

<sup>23</sup> [www.germanwatch.org/klima/climfood.htm](http://www.germanwatch.org/klima/climfood.htm)

## **Unternehmens- und Verbraucherverantwortung**

Das Germanwatch-Team, das sich für die Verantwortungsübernahme von Unternehmen gegenüber Menschenrechten und Klimaschutz stark macht, konnte im Berichtszeitraum personell verstärkt werden. Neben Cornelia Heydenreich war seit März 2009 die Juristin Johanna Kusch für mehr Unternehmensverantwortung aktiv. Thematische Schwerpunkte bildeten weiterhin die Umsetzung der OECD-Leitsätze und die Unternehmensverantwortung der Elektronikindustrie im Rahmen der makeITfair-Kampagne sowie ein neues Projekt zu verstärkter Rahmensetzung auf europäischer Ebene. Im Sommer 2009 konnte zudem mit dem Thema klimafreundliche Beschaffung, das von Katrin Ansel bearbeitet wird, eine neue Brücke zwischen dem Klimabereich und dem Bereich Unternehmensverantwortung bei Germanwatch geschaffen werden. Darüber hinaus waren wir auch weiterhin in mehreren Netzwerken aktiv.

### **Umsetzung der OECD-Leitsätze**

Unsere Lobbyarbeit zur verbesserten Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen hat im vergangenen Jahr sichtbare Früchte getragen. Vorangegangen waren zahlreiche Briefe, Lobbygespräche und Veranstaltungen, häufig auch im Verbund mit anderen deutschen Nichtregierungsorganisationen und in Absprache mit den Gewerkschaften. Unser Druck sowie die kritischen Nachfragen von Bundestagsabgeordneten und mehreren Ausschüssen haben dazu geführt, dass die Struktur der Nationalen Kontaktstelle im Bundeswirtschaftsministerium (BMW) überarbeitet wurde. Zwar liegt die Federführung weiterhin beim BMW, jedoch bezieht das Ministerium nun die anderen Ministerien regelmäßig und intensiver in den Entscheidungsprozess mit ein. Zudem hat die Kontaktstelle mehr Transparenz für ihre Arbeit beschlossen und entschieden, dass sämtliche Beschwerdefälle auf der Website dargestellt werden sollen – auch die zahlreichen abgelehnten Beschwerden. Die neue Struktur muss sich nun in der Anwendung neuer Beschwerdefälle erweisen. Germanwatch unterstützt und berät hierzu deutsche NRO sowie auch weiterhin Partnerorganisationen aus dem Süden, u.a. im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit Misereor. Auf internationaler Ebene sind wir im Koordinationskreis von OECD Watch engagiert und waren u.a. beim Jahrestreffen der Nationalen Kontaktstellen in Paris mit unseren Anliegen aktiv.

### **makeITfair: erfolgreiche Kampagne zu den Informations-Technologien**

Das seit zweieinhalb Jahren laufende Projekt zur Verantwortung der Elektronikindustrie, makeITfair, haben wir im Berichtszeitraum erfolgreich weitergeführt. Der Schwerpunkt liegt auf der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit insbesondere bei Jugendlichen, aber auch der Bewusstseins- und Lobbyarbeit gegenüber Firmen. Gemeinsam mit Partnern aus Schweden, Finnland, den Niederlanden und Polen sowie Südpartnern haben wir im vergangenen Jahr Studien zu Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Handys, Computern und MP3-Playern veröffentlicht und diese in einem internationalen Roundtable-Gespräch mit den Unternehmen diskutiert. Über 8.000 Postkarten von zumeist jugendlichen Verbraucherinnen und Verbrauchern haben wir im Mai an die Handy-Hersteller mit der Forderung übergeben, die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferfirmen zu verbessern. Auf einer Konferenz mit Vertretern von Jugendorganisationen aus über zehn europäischen Ländern haben wir Erfahrungen ausgetauscht und neue Kampagnenpläne geschmiedet, die wir nun in dem mithilfe von Zuschüssen der EU-Kommission um drei Jahre verlängerten Projekt umsetzen wollen.

Gleichzeitig haben wir die Arbeit zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen der Rohstoffförderung für die Elektronikindustrie fortgesetzt. In einem Update zu den Aktivitäten der einzelnen Unternehmen haben wir erste Schritte zu mehr Verantwortung bei der Rohstoffförderung gewürdigt und gleichzeitig die Unternehmen kritisiert, die noch gar nichts tun. In Deutschland haben wir diese Fragen u.a. bei der Jahrestagung des IT-Verbandes BITKOM und dem Umweltministerium, bei einem Fachgespräch von Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag, beim Beschaffungstag der Deutschen Telekom sowie in mehreren Fachartikeln thematisiert.

Im Rahmen der Kampagne entstanden zahlreiche Materialien und Veröffentlichungen insbesondere für jugendliche Verbraucher (Faltblätter und internetbasiertes Schulmaterial) verbunden mit E-mail-

und Postkartenaktionen an die Unternehmen.<sup>24</sup> In diesem Jahr hat zudem der WDR in einer halbstündigen Fernsehdokumentation auf die globalen Auswirkungen des Handybooms aufmerksam gemacht und dabei auch auf makeITfair verwiesen.

Seit Ende letzten Jahres unterstützt auch das Bundesumweltministerium (BMU) das makeITfair-Projekt. Aufgrund dieser Unterstützung konnten wir u.a. mit einem Stand und einer Theateraktion bei der weltgrößten Elektronikmesse, der CeBIT in Hannover, präsent sein. Im Sommer 2009 wählte das Bundesumweltministerium dieses Projekt exemplarisch aus, um damit auf seiner Internet-Startseite seine Arbeit zur Verbändeförderung vorzustellen.

### **Rechtliche Rahmenseetzungen auf EU-Ebene**

Seit Anfang 2009 arbeiten wir in einem von der EU geförderten Projekt zu den rechtlichen Möglichkeiten, die verbindliche Unternehmensverantwortung auf EU-Ebene zu verbessern. Germanwatch ist in diesem europaweiten Projekt stellvertretend für das CorA-Netzwerk aktiv. Im ersten Jahr sind vor allem Recherchen zu Verletzungen sozialer und ökologischer Standards durch europäische Unternehmen in Entwicklungsländern durchgeführt worden sowie eine Untersuchung zu möglichen rechtlichen Mitteln, um diesen Verletzungen sinnvoll zu begegnen. Darauf aufbauend wird es in den kommenden Jahren vor allem um Lobbyarbeit zu rechtlichen Forderungen für eine verbindliche Unternehmensverantwortung auf europäischer Ebene gehen. Die rechtlichen Forderungen beinhalten eine a) Direkte Haftung von Mutterunternehmen für Tochterunternehmen, b) Einhaltung von Sorgfaltspflichten gegenüber Zulieferunternehmen, c) verbindliche Berichtspflichten über menschenrechtliche, soziale und ökologische Risiken und d) den Rechtsweg für Betroffene zugänglich zu gestalten.

### **Unternehmen, Menschenrechte und CSR-Forum der Bundesregierung**

Zusammen mit einigen anderen NRO (z.B. Amnesty International, Transparency International, WWF) ist Germanwatch Mitglied des UN-geführten Unternehmensnetzwerks Global Compact.<sup>25</sup> Seit 2 Jahren arbeiten wir, vertreten durch Kristina Steenbock, zusammen mit amnesty Deutschland im Lenkungskreis des Deutschen Global-Compact-Netzwerks mit, das sich im vergangenen Jahr u.a. auf das Thema „Unternehmen und Menschenrechte“ konzentriert hat und damit bei den Global-Compact-Mitgliedern auf ein erfreulich großes Interesse gestoßen ist.

Ebenfalls zusammen mit anderen NRO (unter anderem Transparency International, VENRO, DNR) ist Germanwatch der Einladung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gefolgt, beim CSR-Forum der Bundesregierung mitzuarbeiten. Dies geschah, wiederum vertreten durch Kristina Steenbock, trotz einiger Skepsis, ob das Forum tatsächlich Neues zum Thema CSR (Corporate Social Responsibility) zu entwickeln in der Lage ist. Welche Rolle das Forum tatsächlich spielen kann oder ob es nur ein kurzes Strohfeuer in der „Vorbundestagswahlkampf-Phase“ gewesen ist, wird sich erst nach der Wahl im September 2009 zeigen.

### **Klimafreundliche öffentliche Beschaffung**

Das von Germanwatch mitgegründete „CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung“ war im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig zum Thema Öffentliches Beschaffungswesen aktiv. Im Zentrum stand die Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht, die nun seit April 2009 mehr Rechtssicherheit für die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung bietet. Da diese Kriterien leider nur mit einer „Kann-Bestimmung“ enthalten sind, ist für die Anwendung dieses Gesetzes viel politischer Wille erforderlich, den das CorA-Netzwerk im Rahmen seiner Vorschläge zu einem Aktionsplan für sozial-ökologische Beschaffung fordert. Seit August 2009 ist Germanwatch im Themenfeld der öffentlichen Beschaffung auch mit einem von der European Climate Foundation geförderten Projekt verstärkt aktiv. Wir wollen damit vor allem eine klimafreundliche öffentliche Beschaffung fördern – und damit gleichzeitig die Aktivitäten des CorA-Netzwerkes unterstützen.

---

<sup>24</sup> [www.germanwatch.org/makeitfair](http://www.germanwatch.org/makeitfair)

<sup>25</sup> siehe hierzu unser Positionspapier unter [www.germanwatch.org/corp/gc07.pdf](http://www.germanwatch.org/corp/gc07.pdf)

Das öffentliche Beschaffungswesen ist auch eine der wichtigen Handlungsmöglichkeiten für Kommunen, um im Klimaschutz aktiv zu werden. Über 50% der Menschen weltweit leben in Städten – von Städten und Kommunen gehen entscheidende Weichenstellungen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz aus. Germanwatch arbeitete in Person von Stefan Rostock mit im Steuerungsgremium der 11. Bundeskonferenz der Kommunen, wirkte auf der Konferenz vom 18.-20. Juni 2009 in München mit Beiträgen mit und arbeitete im Redaktionsteam der Abschlusserklärung. Die Erklärung betont die Verpflichtung der Kommunen aus einer globalen Verantwortung für Klimaschutz aktiv zu werden. In Punkt 4 heißt es: „Wir setzen uns dafür ein, dass die deutschen Kommunen kraftvolle und vernehmbare Akteure in der Entwicklungspolitik sind, damit sie ihre Kompetenzen (...) in die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung des Klimawandels einbringen können“.<sup>26</sup>

### **Verbraucher für Klimaschutz**

Nicht nur die Öffentliche Hand sollte eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn es darum geht, soziale und ökologische Kriterien im Beschaffungswesen zu berücksichtigen – auch jeder einzelne kann den Geldschein als Stimmzettel verwenden. Die Politik kann nur soweit Klimaschutz gestalten, wie dies von der Bevölkerung mitgetragen wird. Germanwatch ist Fördermitglied beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und unterstützt durch Stefan Rostock seit Oktober 2008 mit Klimahintergrundwissen das mehrjährige Klimaprojekt des vzbv „für mich. für dich. fürs klima“.<sup>27</sup> Im Rahmen des Projektes entstanden Broschüren zu Klimawandel und zu Klimapolitik, die die Sensibilisierung und Mobilisierung der Verbraucher zum Ziel haben. Kernthemen des Projektes sind klimafreundlichere Mobilität und Ernährung sowie nachhaltige Finanzen. Transparenz und Information sollen Verbraucher befähigen klimafreundlicher zu handeln. Es werden u.a. Anbieter angesprochen Kennzeichnungspflichten einzuhalten oder Verbraucher direkt auf alternative Mobilitätslösungen für ihre täglichen Wege aufmerksam gemacht. Eine Telefonhotline berät bei Mobilitätsfragen. Das Projekt spricht über die 16 Verbraucherzentralen der Bundesländer und die anderen beteiligten Verbände – Deutscher Mieterbund, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Verkehrsclub Deutschland (VCD), VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund – ein breites Spektrum der Bevölkerung in ganz Deutschland an. Germanwatch stellt mit einem regelmäßigen Klima-Update sowohl den ca. 120 MitarbeiterInnen des vzbv-Klimaprojektes wie auch Interessierten an den Infoständen und in den Verbraucherzentralen und Beratungsstellen aktuelle Informationen zu Klimawandel und Klimapolitik verständlich aufbereitet zur Verfügung.

---

<sup>26</sup> [www.service-eine-welt.de/images/text\\_material-1548.img](http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-1548.img)

<sup>27</sup> [www.verbraucherfuersklima.de](http://www.verbraucherfuersklima.de)

## Entwicklungsfinanzierung

In all unseren Arbeitsfeldern, ob im Klimawandel, beim Thema Unternehmensverantwortung und Finanzsektor oder in der Handels- und Agrarpolitik, richten wir auch weiterhin unser besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen unseres Handelns im „Norden“ auf die Länder, Gesellschaften und Menschen des „Südens“. Insofern geht unser entwicklungspolitisches Engagement über den hier beschriebenen spezifischen Bereich „Entwicklungspolitik und Entwicklungsfinanzierung“ weit hinaus.

Im Bereich der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen wir uns seit nunmehr acht Jahren überwiegend mit einem manchmal mühsamen, aber lohnenden Spezialgebiet, der Entwicklungsfinanzierung. Neben verbindlichen Gesetzen ist die Vergabe von Geldern die zweite „harte“ Politikmöglichkeit, um gewünschte Prozesse in Gang zu setzen bzw. zu unterstützen. Mit Dr. Ludger Reuke haben wir einen der führenden deutschen Experten zu diesem Thema als „Ein-Euro-Mann“ gewinnen können. Unsere in der Anzahl zwar überschaubaren, dafür aber intensiv recherchierten Veröffentlichungen zur deutschen Official Development Assistance (ODA) und zu deren Teilgebiet, der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, werden von den politischen Entscheidungsträgern in Bund und Ländern wahrgenommen und tragen dazu bei, die häufig unerträglich große Lücke zwischen Versprechungen, Zusagen und Plänen auf der einen sowie den realen finanziellen Leistungen auf der anderen Seite zu verkleinern. Sie führen zu zahlreichen Einladungen von offiziellen wie NRO-Stellen.

## D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Auch im vergangenen Jahr hat Germanwatch eng mit anderen Organisationen und Partnern zusammen gearbeitet. Dadurch konnten viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen. So wichtig unsere Vernetzungsstrategien auch sind, sie stellen auch eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

### Mitgliedschaften von Germanwatch

Germanwatch ist Mitglied bei: Agrarbündnis, AK Flugverkehr beim DNR, AK Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Attac, Bananenkampagne, Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Climate Action Network Europe (CAN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Die Klima-Allianz, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Erlassjahr.de, European Business Council for Sustainable Energy (e5), Forum Menschenrechte, Forum Nachhaltige Geldanlagen, Forum Umwelt und Entwicklung, GCN (Global Challenges Network), Global Compact, GoodElectronics Netzwerk, Greenskies, Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze, netz NRW, NRO-Netzwerk Corporate Accountability (CorA), Eine Welt Netz NRW, Munich Climate Insurance Initiative (MCII), OECD Watch, Ökowerk NRW, Our World is not for Sale / Seattle to Brussels Network (S2B), Publish what you pay, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Zukunftsrat Hamburg.

### Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair – Wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst kein Geld langfristig binden, sondern muss es stets unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind Mitglieder im Integritäts-Beirat von atmosfair.



# E Finanzbericht für das Kalenderjahr 2008

von Denis Montuelle (Schatzmeister)

## Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2008 betragen rund 1.447.000 Euro (vgl. Tab. E.1). Sie steigerten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 23% und lagen damit auf dem bislang höchsten Niveau der Vereinsgeschichte. Hauptgrund für das Wachstum ist, dass Germanwatch mehr Zuschüsse für Projekte im Klimabereich einwerben konnte, auch Zuschüsse in anderen Bereichen sowie ein Plus bei den Spenden trugen hierzu bei. Während sich die Zusammensetzung der öffentlichen und insbesondere der privaten Zuschussgeber leicht verändert hat, ist ihre Anzahl unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität und Seriosität unserer Arbeit; zudem ist das große Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für politische Unabhängigkeit.

Bei der Höhe der Einnahmen – insgesamt sowie bei der Betrachtung einzelner Projekte – ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen (und dementsprechend auch der Ausgaben) zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1). Ein Beispiel hierfür ist das von der EU bezuschusste Projekt „Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt“ zum Thema Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, in dem Germanwatch EU-Gelder an die Partnerorganisationen FIAN, UK Food Group und Both ENDS weiterreicht, mit denen diese Organisationen ihren Teil der Projektaktivitäten durchführen. Berücksichtigt man diesen Unterschied, so betragen die Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit 2008 im ideellen Bereich rund 845.000 €. Für externe, also von Partnern in deren Namen durchgeführte Projektarbeit waren es rund 208.000 €.

Gegenüber den Vorjahren hat sich der Umfang des Zweckbetriebs sowie des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs deutlich erhöht. Grund hierfür war in erster Linie, dass Teile der Aktivitäten zur Klimaexpedition dem Zweckbetrieb und zwei weitere Projekte im Klimabereich (eines zu Emissionen des Verkehrs in Kooperation mit co2online und ein weiteres zu UN-Klimaverhandlungen und internationaler Finanzarchitektur) dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zuzuordnen waren, unter anderem weil wir uns an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt hatten, an denen auch Consulting-Unternehmen teilnehmen konnten.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der Zuschuss der Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können flexibel eingesetzt werden, beispielsweise um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und kofinanzieren sowie um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von öffentlichen und privaten Gebern nicht (oder praktisch nie) bezuschusst werden, beispielsweise die Zahlungen für Büromiete.

Die Mitgliedsbeiträge und Spenden betragen 2008 insgesamt knapp 125.000 €, was einer Steigerung um 3,5% im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Hierbei hat eine leichte Verschiebung von Mitgliedsbeiträgen in Richtung Spenden stattgefunden. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung in Höhe von 20.000 € war überwiegend zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden. Im Jahr 2007 war die Förderung aufgrund des damals relativ hohen Zinsniveaus noch höher ausgefallen, 2008 waren die Zinsen auf den Kapitalmärkten hingegen sehr niedrig, was sich auch auf die Fördermöglichkeiten der Stiftung auswirkte.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser ausdrücklicher Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleisteten Arbeiten sowie die vielen unbezahlten Überstunden hauptamtlicher Kräfte, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2008

**Ideeller Bereich**

<b>A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit</b>	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €
1. Mitgliedsbeiträge	64.290,94	61.056,38
2. Spenden	56.450,81	63.925,38
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	46.500,00	20.000,00
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projekte	718.549,68	844.741,16
5. Zuschüsse für externe Projekte	265.362,01	207.921,45
6. Sonstige Einnahmen	24.342,81	12.319,31
	<u>1.175.496,25</u>	<u>1.209.963,68</u>
<b>B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit</b>		
7. Löhne und Gehälter	360.740,30	414.909,03
8. Soziale Abgaben	74.075,47	98.413,26
9. Fremdhonorare	138.918,90	126.571,29
10. Miete/Mietnebenkosten	25.407,98	24.613,95
11. Abgaben/ Versicherungen	2.642,90	1.240,05
12. Beiträge	7.301,30	5.475,00
13. Werbe- und Reisekosten	46.400,29	54.775,12
14. Instandhaltungen und Kleingeräte	10.486,97	12.214,64
15. Abschreibungen	12.355,10	10.210,14
16. Wertberichtigung Forderung	164,68	0,00
17. Porto	25.271,55	22.877,92
18. Telefon	8.597,22	7.975,90
19. Kopier- und Faxkosten	7.137,22	9.517,54
20. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	114.700,43	112.775,90
21. externe Projektarbeit	265.362,01	207.921,45
22. Bürobedarf	4.670,56	4.997,76
23. Bücher und Zeitschriften	2.038,34	2.433,53
24. Weitergeleitete Gelder	0,00	0,00
25. Jahresabschluss-Buchhaltungskosten	7.205,09	9.552,46
26. Sonstiges	2.404,15	2.113,16
	<u>1.115.880,46</u>	<u>1.128.588,10</u>
<b>C. Laufendes Ergebnis</b>	59.615,79	81.375,58
<b>D. Ausgabenüberschuss Finanzierungsbereich</b>		
27. Finanzergebnis	-1.462,88	574,76
	<u>58.152,91</u>	<u>81.950,34</u>
<b>E. Einnahmenüberschuss Finanzierungsbereich</b>		
28. Zinseinnahmen	7.852,26	0,00
<b>F. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss</b>	<u>66.005,17</u>	<u>81.950,34</u>

**Gesamtergebnis 2008**

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>	<u>Einnahmenüberschuss</u>
ideeller Bereich	1.209.963,68	1.128.588,10	81.375,58
Vermögensverwaltung	2.399,68	1.824,92	574,76
Zweckbetrieb	180.790,10	178.300,08	2.490,02
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	53.725,45	51.636,59	2.088,86
<b>Summe</b>	<u>1.446.878,91</u>	<u>1.360.349,69</u>	<u>86.529,22</u>

Tab. E.2: Zuschüsse im Jahr 2008

<b>Verbandszuschuss</b>	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €
Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), Bonn	49.486,39	65.930,83
Misereor	0,00	35.560,00
Münchener Rück Stiftung	7.700,00	25.000,00
Stiftung Zukunftsfähigkeit	46.500,00	20.000,00
Brot für die Welt	2.000,00	16.597,08
WWF	0,00	15.500,00
Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung	0,00	10.000,00
oekom Research AG	7.500,00	7.500,00
Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt	0,00	6.000,00
Heinrich-Böll-Stiftung	3.000,00	5.500,00
Humboldt-Stiftung	0,00	4.000,00
Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn	0,00	4.000,00
SOMO (Stichting Onderzoek Multinationale Ondernemingen)	0,00	3.318,44
Forum Anders Reisen	2.361,00	3.017,00
Verbraucher-Initiative	0,00	1.476,60
Aktion Mensch	0,00	1.250,00
Oak Foundation	18.300,00	0,00
Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung	16.116,86	0,00
Friends of the Earth Netherlands	14.800,00	0,00
Forum Umwelt und Entwicklung	9.300,00	0,00
Church of Sweden	4.000,00	0,00
Zuschüsse von Schulen (über Geoscopia)	2.950,00	0,00
WestLB	2.000,00	0,00
Diakonie Katastrophenhilfe	2.000,00	0,00
IRENE	1.978,95	0,00
Schweisfurth-Stiftung	800,00	0,00
Stiftung Umverteilen	300,00	0,00
ecolo	145,00	0,00
	<u>191.238,20</u>	<u>224.649,95</u>
<b>Zuschuss von Behörden</b>	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €
Europäische Kommission	277.846,04	281.056,48
(nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2008: 181.174,24 €)		
Bundesministerium für wirtsch. Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn	164.990,00	177.267,00
(nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2008: 22.317,41 €)		
Umweltbundesamt (UBA), Berlin	59.952,00	138.351,00
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	120.000,00	83.410,73
Europäische Kommission (über SOMO)	48.758,52	50.337,88
(nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2008: 4.429,80 €)		
InWEnt	29.800,00	39.150,00
Europäische Kommission (über Practical Action)	21.235,81	29.930,56
BMU (über Verbraucherzentrale Bundesverband)	0,00	21.435,00
BMU (über Forum Umwelt und Entwicklung)	0,00	6.840,90
Europäische Kommission (über Climate Action Network Europe)	0,00	6.514,67
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	32.993,52	5.273,01
Bundesminist. f. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (über KLJB)	0,00	3.821,00
BMZ (über Forum Umwelt und Entwicklung)	0,00	2.050,00
Europäische Kommission (über VENRO)	10.710,00	1.459,15
GTZ	2.271,19	715,73
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	27.700,00	399,55
BMU (über co2online)	23.282,35	0,00
Europäische Kommission (über FERN - Forests and the EU Resource Network)	10.223,58	0,00
Freie Hansestadt Bremen	5.410,48	0,00
Umweltbehörde Hamburg (BSU)	4.000,00	0,00
	<u>839.173,49</u>	<u>848.012,66</u>

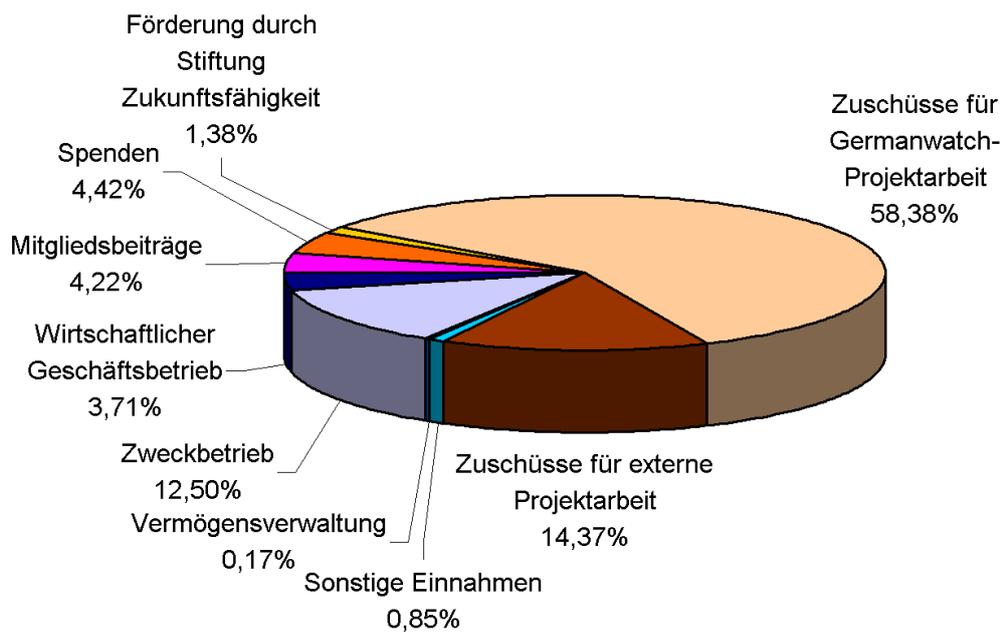


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2008

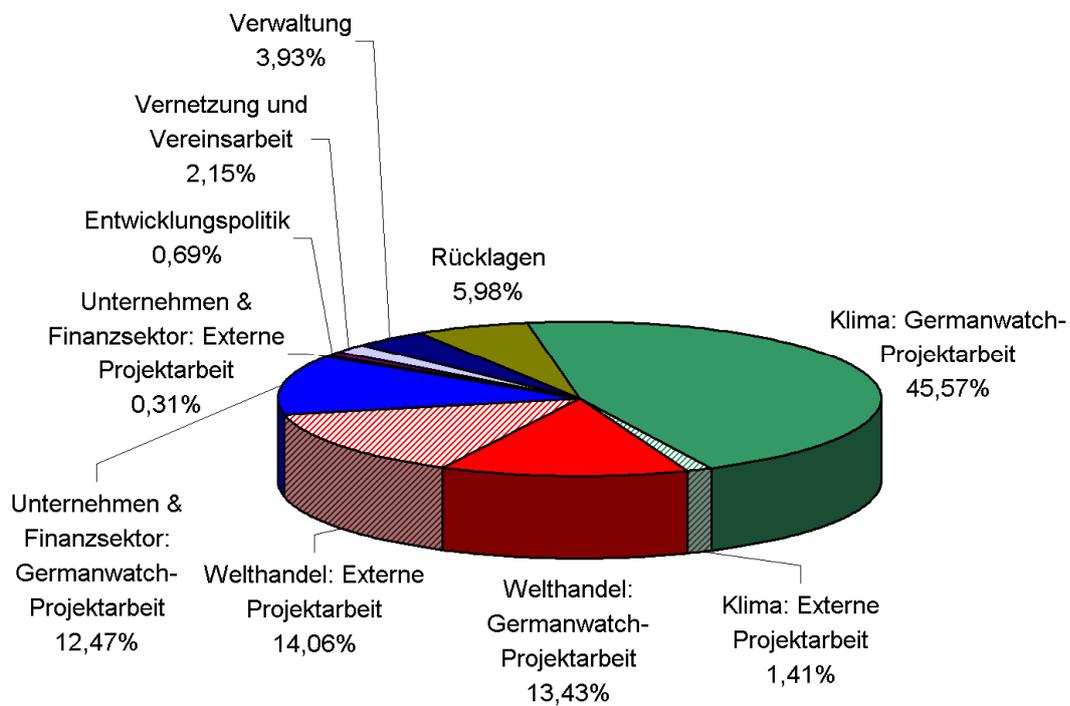


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2008

## **Ausgaben**

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Der mit Abstand größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf den Arbeitsschwerpunkt Klima (45,57% der Ausgaben), gefolgt von den Arbeitsschwerpunkten Welthandel (13,43%) und Unternehmen & Finanzsektor (12,47%). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass wir auf ein möglichst gutes strategisches Zusammenspiel der Arbeitsbereiche achten, was dazu führt, dass beispielsweise im Bereich „Unternehmen & Finanzsektor“ der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel eine wichtige Rolle spielen, insbesondere im Projekt „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“. Ein weiteres Beispiel ist das Thema „Ernährungssicherung“, das wir in den Arbeitsschwerpunkten Welthandel und Klima intensiv – und oft gemeinsam – bearbeiten.

Das Thema „Entwicklungspolitik“ spielt in allen Arbeitsschwerpunkten eine integrale Rolle, ist aber auch ein eigenständiger Arbeitsbereich mit dem Fokus auf Entwicklungsfinanzierung (siehe S. 22), allerdings mit geringen finanziellen Aufwendungen. Dies ist darin begründet, dass uns der federführende Mitarbeiter Ludger Reuke dankenswerterweise weitgehend ehrenamtlich zur Verfügung stand.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass in manchen Bereichen Kosteneinsparungen erzielt werden konnten, die Aufwendungen insgesamt jedoch durch die im Vergleich zu 2007 umfangreicheren Projekte gestiegen sind. Den größten Teil stellen die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengenommen rund 513.000 € dar. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich praktisch ausschließlich auf Informations-, Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit konzentriert. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden und nur in geringerem Umfang mit Honorarkräften, die uns dann überwiegend in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout sowie Pressearbeit unterstützen. Dass wir unsere Arbeit auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen konzentrieren, führt folglich zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die beispielsweise Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland fördern, und deren Budget folglich einen deutlich geringeren Anteil an eigenen Personalkosten aufweist.

## **Jahresergebnis**

Das Jahresergebnis 2008 weist einen Überschuss von 86.529 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2009 gehen wir davon aus, dass auch im laufenden Jahr mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis realisiert werden kann. Germanwatch unternimmt somit große Anstrengungen, um sich vor finanziellen Herausforderungen zu wappnen, die mit großer Sicherheit auf uns zukommen. Denn die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise stehen uns zu einem erheblichen Teil voraussichtlich erst noch bevor. Es ist abzusehen, dass die Abwrackprämie und andere Konjunkturbelebungsmaßnahmen die öffentlichen Haushalte in einer Weise belasten, die sich auf die Zuschussmöglichkeiten aus öffentlichen Mitteln mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ niederschlagen wird. Schon jetzt reagieren wir hierauf mit verstärkten Anstrengungen für das Einwerben zusätzlicher Unterstützung in Form von Projektzuschüssen, Spenden und Mitgliedsbeiträgen, die für die Fortführung der inhaltlichen Arbeit unverzichtbar sind.

## **Grundlagen des Finanzberichts**

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs.3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung). Das Jahresergebnis für 2008 wurde aufgrund der Festlegung der Mitgliederversammlung vom 27.09.2008 vom Vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Herrn Rolf Reinhardt aus Bonn auf der Grundlage der von diesem durchgeführten Buchprüfung ermittelt.

Germanwatch wurde zuletzt durch einen Bescheid vom 24.2.2006 als gemeinnützig im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung anerkannt.

Tab. E.3: Vermögensrechnung 31.12.2008

<b><u>AKTIVA</u></b>	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €
<b>A. <u>Sachanlagevermögen</u></b>		
1. Software	647,00	8.393,50
2. Büroeinrichtung	233,50	201,50
3. Computeranlagen	6.673,00	8.399,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.668,50	2.205,00
5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	193,50	120,50
6. GWG Sammelposten	-	3.103,00
	10.415,50	22.422,50
<b>B. <u>Finanzanlagen</u></b>		
1. Wertpapiere	-	-
	-	-
<b>C. <u>Umlaufvermögen</u></b>		
1. Flüssige Mittel	194.848,99	292.085,41
2. Sonstige Vermögensgegenstände	-	3.157,94
3. Forderungen aus Vereinsbereichen	-	-
4. Sonstige Forderungen	56.416,33	45.048,92
	251.265,32	340.292,27
<b>D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u></b>	-	-
<u>Summe Besitzposten</u>	261.680,82	362.714,77
<b><u>PASSIVA</u></b>	<u>2007</u> €	<u>2008</u> €
<b>E. <u>Vereinsvermögen</u></b>		
a) Rücklagen gem § 58 Nr. 7a AO	3.859,97	4.051,56
b) Rücklagen gem § 58 Nr. 6 AO	162.220,23	248.557,86
	166.080,20	252.609,42
<b>F. <u>Rückstellungen</u></b>		
Steuerrückstellungen	-	3.715,00
<b>F. <u>Verbindlichkeiten</u></b>		
1. Girokontoverbindlichkeiten	1,00	1,00
2. Darlehensverbindlichkeiten	18.712,26	6.712,26
3. Durchlaufende Posten	-	-
4. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	59.984,69	27.281,02
5. Sonstige Verbindlichkeiten	16.902,67	25.021,80
6. Währungsdifferenzen	-	-
<b>G. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u></b>	-	47.374,27
<u>Summe Schuldposten</u>	261.680,82	362.714,77
<u>Vermögen des Vereins</u>		
Abstimmung 2008:		
Vermögen des Vereins 2007		166.080,20
Jahresüberschuss 2008		86.529,22
Vermögen des Vereins		252.609,42

## F Ausblick

Das kommende Jahr wird uns und unserer Arbeit deutliche Markierungen zumindest in drei Bereichen setzen:

- nach den vor uns liegenden Bundestagswahlen werden wir eine neue Bundesregierung als Counterpart haben, mit der wir uns von Anfang an intensiv auseinandersetzen werden.
- der Kopenhagener Klimagipfel wird hoffentlich einige wichtige Festlegungen entwickeln. Er wird uns allen aber auch noch offene Fragen bereiten, an denen wir intensiv arbeiten werden.
- die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der Wirtschaft- und Finanzkrise werden auf nationaler und internationaler Ebene Rahmensetzungen, aber auch entsprechendes Anpassungsverhalten erforderlich machen.

Zu den Bundestags- und Europaparlamentswahlen hat Germanwatch „Wirtschafts- und klimapolitische Denk-Punkte“ veröffentlicht und sich an verschiedenen Aufrufen anderer Akteure beteiligt.<sup>28</sup>

Weiterhin ist das „Memorandum 2009: Entwicklungspolitik in der Zeit weltweiter Krisen“ im Juni 2009 erschienen und in großer Zahl an die Mitglieder des alten Bundestages und der heutigen Regierung geschickt worden. 170 Unterschreibende haben die finanzielle Unabhängigkeit sichergestellt. Weitere Adressaten sind der neu zu wählende Bundestag sowie die aus den Wahlen hervorgehende neue Bundesregierung. Wie seine Vorgänger ist das „Memorandum 2009“ zwar keine Germanwatch-Veröffentlichung. Wir haben aber wie 2002 wieder die redaktionellen Voraussetzungen geschaffen und die technischen Aufgaben erledigt. Und natürlich haben wir auch inhaltlich intensiv mitgearbeitet.

Während dieser Rechenschaftsbericht geschrieben wird, arbeitet Germanwatch zudem anlässlich des Bundestagswahlkampfes und der wichtigen klimapolitischen Entscheidung, die uns in Kopenhagen bevorsteht, seit Juli 2009 mit Hochdruck in der Kampagne „KlimakanzlerIn gesucht“ mit einer Reihe von nationalen und internationalen Partnern (Klima-Allianz, E3G, Avaaz und Global Campaign for Climate Action GCCA) zusammen.<sup>29</sup> Die Kampagne will in den kommenden Monaten ein parteiübergreifendes Mainstreaming der Themen Klimaschutz und grüner Aufschwung erreichen. Ziel ist es dabei, die momentan vorherrschende Entkoppelung von Krisenbewältigung und Klimaschutz zu durchbrechen. Eine der zentralen Forderungen der Kampagne ist es, dass Deutschland auf internationaler Ebene eine Klimavorreiterrolle einnehmen muss, indem es sich für ein wirksames Kopenhagener Abkommen einsetzt. Nur mit einem wirksamen neuen Klimaabkommen können wiederum ausreichende Investitionsimpulse für Millionen neue zukunftsorientierte Jobs in Deutschland geschaffen werden. Die Kampagne soll über die Wahl hinaus, während der Koalitionsverhandlungen und dann bis zum Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember weitergeführt werden.

---

<sup>28</sup> [www.germanwatch.org/klima/wahl2009.htm](http://www.germanwatch.org/klima/wahl2009.htm)

<sup>29</sup> [www.klimakanzler-gesucht.de](http://www.klimakanzler-gesucht.de)

## **G Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen**

Falls Sie Germanwatch-Publikationen bestellen oder herunterladen, unsere aktuellen und bisherigen Pressemitteilungen lesen oder sich über zukünftige und durchgeführte Veranstaltungen informieren möchten, so finden Sie diese unter:

- Publikationen und kostenlose Abos: [www.germanwatch.org/pub](http://www.germanwatch.org/pub)
- Pressemitteilungen: [www.germanwatch.org/presse](http://www.germanwatch.org/presse)
- Veranstaltungen: [www.germanwatch.org/termine](http://www.germanwatch.org/termine)
- Weitere Informationen: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

Unser Leitbild

## **Hinsehen, analysieren, einmischen**

### **- für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen**

**Wir engagieren uns für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.**

### **Wir engagieren uns für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.**

Wir sind eine unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für faire Handelsbeziehungen, für einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels stark machen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

### **Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.**

Wir beobachten in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene die für unsere Ziele relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft. Auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Analysen informieren wir die Öffentlichkeit, leisten Bildungs- und Lobbyarbeit und zeigen den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wege auf, wie sie unseren Zielen entsprechend handeln können. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. Für unser Verhältnis zu Unternehmen gilt die Maxime: Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig – je nachdem, wie Nachhaltigkeitskriterien am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.

### **Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.**

Politik und Weltmarktstrukturen sowie der inzwischen immer häufiger kopierte ressourcenintensive Wirtschaftsstil des Nordens beeinflussen das Leben der Menschen weltweit. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die gerade auch den Menschen im Süden eine Zukunft geben, die durch die ungezügelter Globalisierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder durch den Verlust ihrer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen in ihrer Existenz bedroht werden.

### **Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.**

Wir sind ein hoch motiviertes Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich. Mit Kreativität und strategischem Weitblick wollen wir unseren Zielen kontinuierlich näher kommen.

Damit wir unsere Unabhängigkeit sichern können, sind wir auf die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und Förderer sowie auf Zustiftungen zu unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die unsere Überzeugungen teilen.